

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Zeugungspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kluststraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Gruppenstraße Nr. 5 und Neue Gruppenstraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichelt, Postfachstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 914
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. (Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlosungen, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf.). Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kluststr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Auf dem Weg zum Bürgerblock.

Der Stand der Verhandlungen.

Amlich wird gemeldet: Im Laufe des Sonnabend Vor- mittag trat das geschäftsführende Reichskabinett zur Erledigung länger laufender Angelegenheiten zusammen, die keinen Aufschub duldeten. Mit Fragen der Regierungsbildung befahte sich das Reichskabinett nicht. In Ausführung des ihm vom Herrn Reichspräsidenten gewordenen Auftrages hatte in den Mittags- stunden Reichskanzler Dr. Marx zunächst eine Aussprache mit dem Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Brauns. Er empfing im Laufe des Nachmittags die Abgeordneten Koch, Erkelenz und Dr. Haas von der Deutschen Demokratischen Partei, den Abgeordneten Prälaten Leicht von der Bayerischen Volkspartei und schließlich die Abgeordneten Graf Westarp und Wallraf von der Deutschnationalen Partei. Die ein- geleiteten Besprechungen mit den Parteiführern der verschiedenen Fraktionen werden am Montag fortgesetzt.

Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion gibt über ihre Haltung folgendes Kommuniqué aus:

In der am Sonnabend abgehaltenen Fraktionsitzung wurde die Kundgebung der Zentrumsfraktion begrüßt. Man sah aber keinen Wert dieses Dokuments erst dann gegeben, wenn es nicht die Erklärung einer einzelnen Partei ist, sondern als Mindestprogramm von allen für die Bildung einer Regierung überhaupt in Frage kommenden Parteien ausdrücklich anerkannt und gebilligt ist. Die Fraktion hat deshalb ihren Vorschlag, der Zentrumsfraktion anheimzugeben, daß sie vor den Verhandlungen über die parteipolitische und persönliche Zusammensetzung des Kabinetts allen diesen Parteien ein- schließlich Sozialdemokraten und Deutschnationalen das Dokument zur Erklärung und Zustimmung unterbreite.

In dem Sinne des vorstehenden Beschlusses haben die demo- kratischen Vertreter sich auch bei ihrem Empfang durch den Reichskanzler Marx ausgesprochen. Der Reichskanzler Dr. Marx hat, wie verlautet, die Anregung der Demokraten wohlwollend und entgegenkommend aufgenommen und sich in dem Sinne geäußert, daß er selbst schon ähnliche Absichten gehabt habe. Eine Fühlungnahme mit den Sozialdemo- kraten hat jedoch am Sonnabend nicht statt- gefunden.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Sonnabend in einer vertraulichen Sitzung mit der politischen Lage befaßt. Es wird in deutschnationalen Kreisen betont, daß die Richtlinien, die das Zentrum als seine Basis für Verhandlungen ausgearbeitet hat, keinen Hinderungs- grund für die sachliche Zusammenarbeit bedeuten.

Die „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp schreibt am Sonnabend zu dem Zentrumsmanifest unter anderem:

„Mit dem Beschluß des Zentrums, der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten Folge zu leisten, ist fraglos ein erheblicher Schritt zur endlichen Lösung der Regierungskrisis getan. Wir verkennen jedoch keineswegs, daß noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber bei gutem Willen, und wenn kleinliche Schikanen und Auslegungen der heider- seitigen Auffassungen vermieden werden, wird ein Ausgleich der verschiedenen Standpunkte in praktischer Hinsicht möglich sein. Wir gestehen ohne weiteres zu, daß für das Zentrum die nun einmal begonnene Schwertung nicht einfach zu vollziehen war, aber andererseits geben wir zu bedenken, daß es für die Deutschnationalen und ihre Gefolgschaft doch auch ein ent- scheidender Schritt ist, in ein Kabinett unter Führung von Dr. Marx hineinzugehen, dessen politische Vergangenheit in seiner meist uns entgegengekehrten Richtung liegt. Es müssen also von beiden Seiten Opfer gebracht werden.“

Der Reichskanzler Dr. Marx hat am Sonntag mit Unter- stützung seiner Parteifreunde Brauns, Wirth und Sieger- mann ein Regierungsprogramm ausgearbeitet, auf das ins- besondere die Deutschnationalen treten sollen. Es werden ihnen ebenfalls im Zusammenhang mit diesem Programm ganz kon- krete Fragen über Republik, Verfassung, Reichswehr und Außen- politik vorgelegt werden.

Südamerikas Arbeiterbewegung gegen den nordamerikanischen Imperialismus. New Yorker Blättern zufolge haben die Gewerk- schaftszentralen in Buenos Aires, Santa Rosa, Chile und Montevideo große Massendemonstrationen abgehalten, in welchen gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten, Mexiko und Nicaragua gegenüber, protestierten.

Leipart gegen die Verhöhnung der Arbeiterschaft durch den Hindenburg-Brief

München, 23. Januar. (Eigener Funtribeicht.)

Am Sonntag fand in Augsburg eine stark besuchte Gau- und Bezirksleiterkonferenz des ADGB, Bezirk Bayern, statt, in deren Mittelpunkt ein Referat des Bundesvorsitzenden Gen. Leipart stand. Gen. Leipart nahm u. a. auch zu den politischen Ereignissen in Berlin Stellung und bemerkte u. a., was dort geschehe, sei der Versuch, eine Regierung unter Ausschluß der Arbeiterschaft zu bilden. Man müsse sich fragen, ob der Reichs- präsident sich dessen bewußt gewesen sei, daß seine Kund- gebung eine direkte Verhöhnung der Arbeiter- schaft darstelle. Diese Kundgebung habe die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum sicher weit ausgerissen. Scholz und seine Freunde hätten zweifellos die gegenwärtige Regierungs- kräfte heraufbeschworen, weil sie fürchteten, daß die Wieder- einföhrung des Achtstundentages im Reichstag Aussicht auf Erfolg hätte haben können. Die letzte Proklamtion des Zentrums enthalte leider kein Wort mehr von dem Achtstundentag. Die Gewerkschaften würden aber darauf nicht verzichten.

Leipart machte u. a. auch die erfreuliche Feststellung, daß der Mitgliederzuwachs bei den freien Gewerk- schaften zum Stillstand gekommen ist und bereits ein neuer Aufschwung bemerkbar sei. Die Zukunft Deutschlands, so schloß er, könne nicht regiert werden von dem Gedanken der sozialen Ungerechtigkeit und der Entwürdigung der Arbeiterschaft.

Evangelische Besorgnisse in der Volkspartei.

In der Deutschen Volkspartei sind durch den Unfall des Zentrums nach rechts, auf den gerade die um Scholz und Curtius so eifrig hingearbeitet haben, plötzlich eigenartige Besorgnisse entstanden. Einheitlich bringt am Sonnabend die volksparteiliche Presse teils in der naiven Form einer sensationellen Enthüllung (so die „Breslauer Neuesten Nachrichten“), teils in ernsthaften Betrachtungen (so zum Beispiel die „Magdeburgische Zeitung“) und westdeutsche Blätter) die Befürchtung zum Ausdruck, daß der Zentrumsunfall mit kul- turpolitischen Konzessionen in der Frage des Schulgesetzes oder auch eines even- tuellen Reichskonkordats mit dem Vati- kan erkaufte sei. Einzelbehauptungen über ange- bliche Verhandlungen zwischen katholischen, deutschnatio- nalen Abgeordneten und dem Nuntius Pacelli, die bereits auf dem Breslauer Katholikentag stattgefunden haben sollen, sind inzwischen bereits in glaubwürdiger Form dementiert worden. Nicht dementiert ist aber der volksparteiliche Hinweis darauf, daß die Deutschnationale Volkspartei unter drei Ministerkandidaten bereits zwei Katholiken festgelegt habe, so daß mit vier Zentrumsministern, einem Bayerischen Volksparteiler und Geßler eine starke katholische Mehrheit im neuen Reichs- kabinett vorhanden sein werde.

Wir Sozialdemokraten haben uns für die Konfession von einzelnen Ministern bisher nie interessiert, verfolgen aber die plötzlich eingetretenen volksparteilichen Ängste natürlich nicht ohne Interesse. In einer wichtigen kulturpolitischen Frage (der Wöderung des § 218 des Strafgesetzbuches) hat es kürzlich im Reichstag eine Mehrheit von Kahl bis Koenen gegen Deutschnationale und Zentrum gegeben. Schon gehen uns aus evan- gelischen Organisationen (z. B. Ortsgruppe Breslau des Reichsbundes für Religionsunterricht und religiöse Erziehung) Proteste gegen den Abschluß eines Kon- kordats mit Rom zu. Solche Stimmen zeigen immerhin, daß die Einlösung deutschnationaler Versprechungen auf diesem Gebiet dem Zentrum keineswegs sicher ist, da Widerstand dagegen gerade auch in Kreisen der Rea- len nicht gering wäre. Die weitere Auseinandersetzung über diese Dinge überlassen wir einstweilen gern der volks- parteilichen und Generallanzeiger-Presse.

Die militärische Aktion Englands in China.

London, 24. Januar. (Eigener Funtribeicht.)

Die militärischen Maßnahmen zu einer China-Expedition der englischen Regierung werden dauernd umfangreicher, abgesehen davon, daß am Sonnabend weitere Regimenter nach China be- ordert wurden, ist die Einstellung des Aylands für familiäre Re- gioner nach England und Schottlands angeordnet worden. Das sozialistische Arbeiterblatt „Daily Herald“ fordert die Regierung heute auf, die unruhig gewordene Bevölkerung Englands über die geplanten Maßnahmen gegen China aufzuklären. Er warnt vor militärischer Demonstrationen zur Unterstützung der Diplomatie.

Der Irrtum des linken Zentrumsflügels.

Bei der Aufstellung der „Richtlinien“ für die Ver- handlungen des Zentrums über den Bürgerblock ist, wie gemeldet, der linke Zentrumsflügel mit Dr. Wirth und dem Gewerkschafter Joos besonders ostentativ an der Redaktion beteiligt worden. Gerade rechtsstehende Zentrumsblätter, wie die „Schlesische Volkszeitung“, be- tonen das gegenüber etwaigen Bedenken ihrer kritischeren Leser gegen den Bürgerblock mit besonderer Freude. Dr. Wirth selbst nimmt die Formulierungen des Zen- trumsmanifestes anscheinend überaus wichtig. Während er noch in der letzten Nummer seiner Wochenschrift schrieb, der „Trieb zur Reaktion und Restauration“ könne keinesfalls bei den Deutschnationalen für „ab- gestumpft“ gelten, solange Führer wie Westarp die Poli- tik dieser Partei bestimmten, legt er gestern in einem Leitartikel des „Berliner Tageblattes“ entscheidenden Wert nur noch auf Worte. Sehr gemessen erklärt er:

„Jede deutsche Regierung, die nicht feierlich und ernst zur deutschen Republik und ihren Symbolen steht, stößt auf unsere entschiedene Opposition.“

Aus der Feierlichkeit eines republikanischen Gippenbekenntnisses durch eine Rechtsregierung wird sich der größte Teil der deutschen Republikaner wenig machen, denn an dem Ernst eines solchen Bekenntnisses kann doch angezweifelt werden. Ein Teil der Deutschnatio- nalen Presse läßt bei der Wiedergabe der Zentrums- erklärung die republikanischen Kräftestellen einfach fort, um sich die Zustimmung zu erleichtern, ein anderer Teil, darunter gerade auch Westarps „Kreuzzeitung“, meint dem Sinne nach bereits, die Zustimmung zu solchen Worten sei nicht allzu schwer, wenn als Gegenleistung reale Machtpositionen winkten. Die Festlegung der Wirth und Joos auf den Beschluß, der Verhand- lungen mit den Deutschnationalen über einen Bürger- block billigt, erweist sich schon jetzt historisch wichtiger als alle öffentlichen Kom- mentare, in denen die linken Zentrumsleute sich und anderen klarzumachen suchten, daß sie dabei ihrem republi- kanischen Gewissen treu geblieben seien.

Wenn die Wirthleute das einsehen werden, müssen wir abwarten. Einen Irrtum aber können wir ihnen schon heute nehmen: wir meinen damit eine Auffassung, die ein Bericht des Volkswachen Büros über eine Sitzung des Reichsausschusses des Deutschen Republikanischen Reichsbundes verbreitet, in der unter dem Vorsitz unseres Gen. D. Dr. Spiecker, referierte. W.B. behauptet, in der Diskussion sei zum Ausdruck gekommen, „daß der Republikanische Reichsbund zwar ernste Sorgen für den Fall des Zustandekommens einer Rechtsregierung habe, daß er jedoch in der Beteiligung des Zentrums eine Gewähr für die Fortsetzung der außen- und innenpolitischen Linie erblicke.“

Wir wissen nicht, ob und wer so etwas in dieser Sitzung gesagt haben mag. Wahrscheinlich war es nur Herr Spiecker selber oder ein anderer Zentrumsmann. In der Sozialdemokratie gibt es nie- manden, der den Abschluß des Bürger- blocks durch das Zentrum so bewerten wird. Wir sehen darin nicht eine Befreiung der Deutschnationalen, sondern die Rechtsüberwindung der Mitte, die den Führern der alten Junkerkaste wieder den Weg zur Macht öffnet. Mögen gutgläubige Wirth- artikel während der Regierungsverhandlungen noch Platz in der bürgerlichen Linkspresse finden — die sozial- listische Arbeiterbewegung wird den Abschluß des Bürger- blocks mit einer schonungslosen Aufklärungs- kampagne unter dem besitzlosen Teil der Zentrumsanhängerschaft beantworten. Nicht nur die Sozialdemokratische Partei, sondern auch die freien Gewerkschaften bekommen durch die Rechts- schwenkung der christlichen Arbeiterführer ja geradezu das Stichwort zu einer schonungsvollen neuen Agitation. Das Argument von der angeblichen Religionsfeindschaft des Sozialismus wird nach der langjährigen Zusammen- arbeit zwischen Zentrum und Sozialdemokratie und ihrer toleranten Haltung in Gewissensfragen als Abwehr- mittel nicht mehr verfangen, wenn wir die Arbeiter, Angestellten und Beamten im christlichen Lager auf den Verrat ihrer wirtschaft- lichen und sozialen Interessen unter dem Mantel schöner Worte hinweisen werden. Das soll in einer Weise geschehen, über die das Zentrum sich vielleicht noch wundern wird.

Warnungen ausländischer Verständigungspolitiker.

London, 20. Januar. (Draht.) Unter der Überschrift „Gefährliche Wendung der deutschen Krise“ veröffentlicht der liberale und reinweg deutschfeindliche „Daily Chronicle“ einen Leitartikel, in dem es heißt, die neue Wendung in Deutschland müsse jeden ehrlichen deutschen Republikaner heutzutage und ebenso jedermann der außerhalb Deutschlands für die europäische Versöhnung arbeite. Graf Beckers habe erst vor einigen Wochen erklärt, seine Partei bleibe antirepublikanisch und erstrebe die Wiederherstellung der Monarchie und die Wiedergewinnung der verlorenen deutschen Gebiete. Mit Recht kritisierte man Hindenburgs Handlungsweise. Der Präsident stehe über den Parteien und bis jetzt habe er auch so gehandelt. „Recht aber sei er auf der Seite der Antirepublikaner in die Arena herabgeleiteten. Den Ausgang dieses Zwistes könnte man nur mit größter Vorsicht erwarten. Denn was jetzt vor sich geht, ist eine Kraftprobe zwischen der Demokratie und dem Militarismus in Deutschland. „Schien Ende“, schließt der Artikel, kann der Kampf entscheiden für oder gegen das Weiterbestehen der Republik und die Aussichten des europäischen Friedens werden.“

Der diplomatische Korrespondent des „Matters“ äußert sich ähnlich und meint: Gleichzeitig habe Briand einen Teil der Verluste verloren, so daß er sich Polnars beugen müsse. Unter diesen Umständen sei die Wärmung des Rheinlandes vor 1871 wieder einmal auf den Gipfel der Verachtung, womit die ganze Befreiungspolitik Stresemanns einen schweren Rückschlag erlitten haben dürfte. Bezeichnend ist, daß die deutschfeindliche „Daily Mail“ die Krise unter der Überschrift „von Tirpitz“ bespricht, da die Anhänger dieses Mannes jetzt wieder ins Amt gekommen schienen. Die Wendung der deutschen Krise könne die ernstesten Folgen für Deutschland und seine Beziehungen zu den ausländischen Mächten haben. Der Berliner „Times“-Korrespondent meint, man könne die Empörung der Demokraten und Sozialdemokraten verstehen, denn Hindenburgs Brief klinge wie ein Befehl. Die „Männer um den Kaiser“ seien wenigstens bekannt gewesen, die „Männer um den Präsidenten“ aber blieben in ein undurchdringliches Geheimnis gehüllt.

Paris, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In den hiesigen Linkstreifen hatte man bis zur letzten Stunde gehofft, daß das Zentrum doch noch zur Besinnung kommen und durch Ablehnung der von Hindenburg erteilten Marschbefehle das Zustandekommen einer Rechtsregierung vereitelt würde. Die letzten aus Berlin kommenden Meldungen haben diese Hoffnungen bitter enttäuscht, und in maßgebenden politischen Kreisen macht man keinen Hehl mehr aus der tiefgehenden Verstimmung, die diese unerwartete Wendung dieser Krise hinterläßt.

„Was Herr Stresemann darüber auch denken mag,“ so schreibt heute die zum ersten Male wieder in großer Aufmachung als Tageszeitung erscheinende sozialistische „Populaire“, „die Rückwirkung eines Sieges der Deutschnationalen auf die auswärtige Politik ist unausbleiblich. Gewiß, der Gedanke einer deutsch-französischen Annäherung kann und darf nicht ausschließlich von der Zusammenlegung der Kabinette in Berlin und Paris abhängen. Das zu erreichende Ziel ist so hoch gesteckt, daß es unter allen Umständen über den innerpolitischen Kampf bleiben muß. Trotzdem aber wird man die Augen nicht vor der Tatsache verschließen können, daß die Zusammenlegung der Regierungen von größtem Einfluß auf die Verwirklichung dieser Politik und auf die öffentliche Meinung ist. Unter diesen Umständen ist es völlig abwegig zu glauben, daß das Zustandekommen der Regierung in Deutschland, die sich auf die Monarchisten stützt, ohne Wirkung auf die Fortführung der Annäherungspolitik ist, die sich nur in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu entwickeln vermag.“

Paris, 24. Januar. (Eigener Funterbericht.) Im „Populaire“ beschäftigt sich heute Leon Blum an leitender Stelle mit der Frage der Rheinlandräumung und spricht sich kategorisch, und zwar wie er ausdrücklich betont, im französischen Interesse für die sofortige Räumung der Rheinlande aus. Die Befehle der Rheinlande sei weder für die Sicherheit Frankreichs wichtig, noch im Interesse der deutschen Zahlungen, die für Frankreich wünschenswert wären. Das militärische Recht eines Siegerstaates sei zwar das alte Recht, das aber der internationalen Auffassung entgegensteht und international den Besiegten niederzubringen sucht. In finanzieller Hinsicht habe die Befehle Frankreichs auch keine Vorteile gebracht, im Gegenteil habe die Befehle des Rheinlandes und des Ruhrgebietes ungeheure Summen verschlungen. Während Frankreich jetzt die Ruhr besetzt, sei die deutsche Schuldenzahlung langsam eingeschränkt worden. Locarno habe die einzige wahre Sicherheitsgarantie für Frankreich geschaffen. Man müsse sie nur in die Praxis umsetzen und sich bemühen, die internationale Kontrolle zu organisieren. Das sei die einzige Garantie der französischen Sicherheit, die die Sozialdemokratische Partei annehme. Sie werde sie sobald wie möglich auf der Kammertribüne verteidigen. (Diese Meldung ergibt zusammen mit der vorhergehenden, daß gerade die aufrichtigen Verständigungsfreunde in Frankreich die deutsche Rechtsprechung für besonders bedenklich halten. Red.)

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.
Autorisierte Übersetzung von Waskilde Wettheimer.

„S'ist wirklich merkwürdig, Mylord, nicht wahr, daß diese ganzen Kleidungsstücke unberührt blieben? Alles andere ist ein Chaos.“

Lord Calings überlegte eine Weile. „Vielleicht hat sie der Mörder selbst zusammengepackt?“ meinte er.

„Wieso? Weshalb glauben Sie das, Mylord?“

„Es könnte sein,“ erwiderte Lord Calings. „Warum nehmen Sie an, daß er die Leiche im Koffer wegschleppte — falls das richtig ist?“

„Ach, das ist nicht leicht zu erklären. Ich vermute, daß er mit ihr etwas vorhatte.“

„Wir scheint das Wahrscheinlichere, Inspektor, daß dieser Rosenbaum alle Spuren des Verbrechens verwischen wollte. Er schleppte die Leiche weg, um den Anschein zu erwecken, daß Radlett einfach verschwunden... wie er es schon einmal früher getan hat, wie sie sich wohl erinnern.“

„Aber all diese Unordnung... all diese Spuren des Verbrechens.“

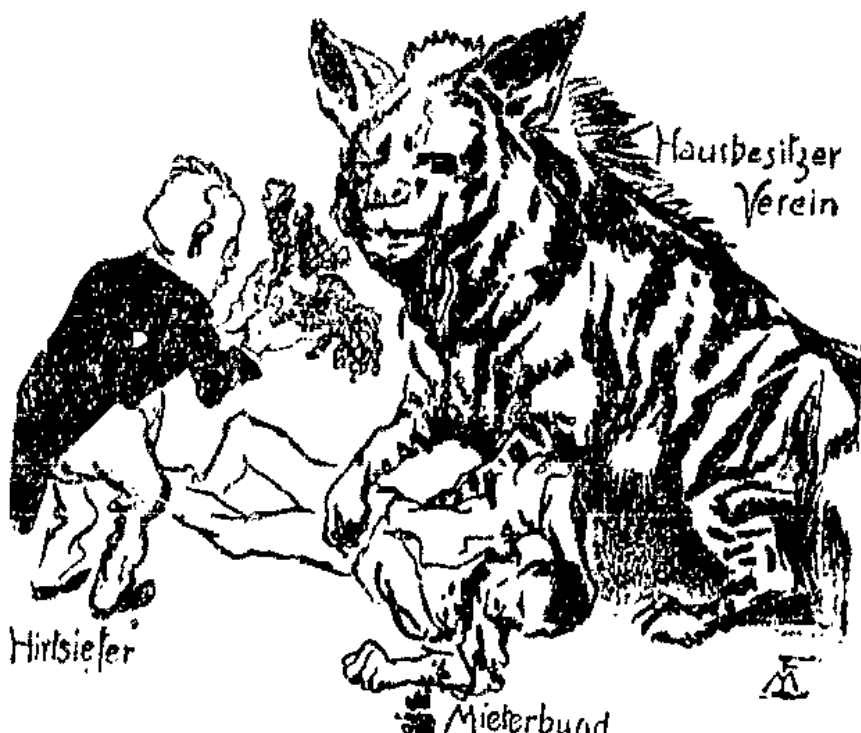
„Ach, natürlich wollte er, wenn meine Annahme zutrifft, auch diese entfernen. Wie reimt sich das, Inspektor? Rosenbaum beabsichtigte, die Leiche fortzuschaffen und sich ihrer irgendwie zu entledigen, nachdem er alle Spuren der Tat, bevor er ging, entfernt hatte. Aber da ein Kampf vorausgegangen war, nahm dieser ganze Vorgang mehr Zeit in Anspruch, als er vorausgesehen hatte und durch den Zeitverlust, den er gehabt, als er die Leiche in den Koffer verpackte, war es zu spät geworden, um den Rest zu tun. Womöglich durchzuführen. Er hatte bereits die Kleider auf den Stuhl gebreitet; aber das übrige wollte er nicht lassen. Hören Sie weiter: er mußte um Heben ihr früh fertig sein, da die Leiche sein Gepäck holen kam, und er fand nicht mehr die Zeit dazu.“

„Sah! Das belegt, daß er die Sache recht schnell abwickelte.“

„Aber natürlich, Inspektor, Mörder wideln die Sache immer rasch ab. Reiner Selbstmord mit der Leiche seines Opfers länger als unbedingt nötig allein zu bleiben.“

Eine naive Seele.

(Minister Richter hat anlässlich der letzten Festsitzung des Reichstages die Erwartung ausgesprochen, daß sie von den Hausbesitzern nicht mißbraucht werde.)



„Willst du, liebes Tierchen, dich nicht an vegetarische Kost gewöhnen?“

Der Preussische Landtag

Am Sonnabend vor ziemlich leerem Hause die zweite Sitzung des Staats für Volkswohlfahrt fort. Er beendete die Generaldebatte über das Kapitel Gesundheitspflege und begann die Aussprache über die Fragen der allgemeinen Fürsorge.

Die bürgerlichen Redner zu den Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens beschränkten sich im wesentlichen darauf, den Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen fortzusetzen. Die Ärzte seien ungenügend bezahlt, und die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen zu hoch.

Abg. Frau Sa. (Soz.): Im Vergleich zum Jahre 1914 sind die Arzthonorare der Krankenkassen um 102 Prozent gestiegen, um nur ein Beispiel zu geben, mehr als alle anderen Ausgaben. Die jüngste Verordnung des Wohlfahrtsministers, die die bisherige Ermäßigung der staatlichen Mindestsätze für die Krankenkassen um 25 Prozent aufhebt, belastet die Krankenkassen mit 69 Millionen Mark Arzthonorare. 340 Millionen Mark im Jahre haben schon jetzt die Krankenkassen für Arzt und Apotheker bezahlt. Gelder hat die reaktionäre Hege die Krankenkassen gezwungen, ihren Eigenbetrieb wesentlich einzuschränken.

Abg. Pastor Brede (Wirtsch.) führte die Säuglingssterblichkeit auf die mangelnde Liebe der Mütter zu ihren Kindern zurück und wandte sich gegen die Bewilligung aller weiteren Mittel für die Volksgesundheitspflege, deren Förderung nur von innen heraus aus der Seele voran kommen könne.

Die Beratung des Wohlfahrtsstats wird am Montag fortgesetzt.

Eine Grzesinski-Verordnung gegen Mißbrauch des Schießsports.

Der Preussische Minister des Innern hat folgenden Runderlaß über die Regelung des Schießsports herausgegeben:

Der Schießsport ist grundsätzlich nur noch auf Schießständen zugelassen, die von den Ortspolizeibehörden genehmigt und ordnungsmäßig abgenommen sind; auch dürfen nur solche Waffen und Munition unter Beachtung der noch gültigen Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 (RGBl. S. 31, 122) nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen, benutzt werden, die für den betreffenden Schießstand genehmigt sind. Durch ständige, möglichst ununterbrochene Nachschau haben sich die Ortspolizeibehörden von dem ordnungsmäßigen Zustand der Schießstandsanlagen zu überzeugen. Allgemeine Gesichtspunkte für den Bau und die Errichtung solcher Anlagen hat die Deutsche Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen e. B. in Berlin-Halensee herausgegeben. Bereits bestehende, polizeilich noch nicht genehmigte Schießstände müssen nachträglich binnen vier Wochen nach Veröffentlichung dieses Erlasses zur Genehmigung angemeldet werden.

Jedes Schießen hat unter Leitung einer Aufsichtsperson stattzufinden, die von den Vereinen bestellbar ist. Die Aufsichtspersonen sind ein für allemal oder für den Einzelfall Ortspolizeibehörde namentlich anzuzeigen, die sie bei Unzulänglichkeit abberufen kann. Diese Aufsichtsperson ist für die Einhaltung aller erforderlichen Vorkehrungsregeln verantwortlich. Der Ortspolizeibehörde ist jederzeit der Zutritt zu den Schießständen und den Schießveranstaltungen gestattet. Jugendliche unter 17 Jahren sind vom Schießen ausgeschlossen.

Die Vereinsvorstände müssen sich zur sicheren Verwahrung der dem Verein gehörigen Gewehre auf oder nahe bei dem Schießstande verpflichten und die Verantwortung für jede unbrauchliche Verwendung der Waffen übernehmen. Der Aufbewahrungsort ist der Ortspolizeibehörde anzuzeigen; kann einen anderen fordern, falls ihr der vom Verein angezeigte nicht zuverlässig erscheint. Waffen dürfen zum und vom Schießstande nur verpackt und getrennt von der Munition befördert werden.

Die Statsdebatte des Reichswirtschaftsministeriums

Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte zunächst ein Vorkorb der Deutschnationalen gegen den Reichskohlenkommissar. Der Vorkorbteilhaber v. Raumer erklärte gegen, daß der Reichskohlenkommissar noch nicht entbehrlich sei. Wertwürdige Ansichten der Deutschnationalen über deutsche Wirtschaft traten bei Behandlung des Antrages zutage, die Beamten des statistischen Reichsamtes, insbesondere der Reichsstatistikverwaltung, ein besseres Aussehen zu ermöglichen. Der Deutschnationalen Schmidt-Stettin forderte baldige Verkleinerung des Reichsstatistischen Amtes um einige Hundert Beamte. Demgegenüber betonte Abg. Silberding (Soz.), daß es Pflicht sein müsse, die deutsche Statistik entsprechend den amerikanischen auszubauen. Auch die übrigen Parteien sprachen sich in ähnlichem Sinne aus, so daß die Deutschnationalen in ihrer hinterwäldlerischen Ansicht allein blieben. Angeregt wurde das statistische Amt Preußens mit dem statistischen Reichsamte vereinigt.

Eine weitere Erörterung ergab sich über den im Etat angeforderten Fonds in Höhe von 500 000 Mark, der zur Förderung wissenschaftlicher Forschung, Ausbildung durch Studienreisen bestimmt ist. Abg. Heimann (Soz.) äußerte grundsätzliche Bedenken gegen solche Sammelfonds und fragte, ob das Ministerium bereit sei, den Sammelfonds zu spezifizieren. Staatssekretär Trendelenburg wies darauf hin, daß der Fonds einer Linie dazu diene, deutsche Ingenieure nach dem Auslande, besonders nach Amerika, auf die Dauer von zwei Jahren zu entsenden. Eine Subventionierung privatwirtschaftlicher Forschungen komme hierbei nicht in Frage; der Staatssekretär erklärte sich auch weiter bereit, in geeigneter Frist Auskunft über die Verwendung der Gelder zu geben, worauf die Abgeordneten Silberding (Soz.) und Schlaack (Str.) die Prüfung der Position in einem Unterausschuß empfahlen.

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.) kündigte an, daß er die Bewilligung der Position auch Anträge stellen werde, Mittel für Studienreisen von Gewerkschaftlern aus dem Fonds zu bewilligen. Der Etat des statistischen Amtes wurde dann angenommen und die Weiterberatung des Gesamtetats am Montag vertagt.

Aus dem Reiche.

Eine umfangreiche Waffenschlebung bei der Reichswehr wurde jetzt festgestellt, die Ursache des vor einiger Zeit gemeldeten Selbstmordes eines Reichswehrmajors Wiebemann. Der Major hatte angeblich gemeinsam mit anderen Offizieren dem Ministerium Waffen verkauft, die der Reichswehr selbst gehörten, aber wegen der bekannten Verschleierungstatistik in der Frage der Eigentumsverhältnisse gewisser Waffenbestände nicht in klarer Weise im Reichsministerium verzeichnet waren. Rund eine Million Mark sollen auf diese Weise bei der Reichswehr für Bestände herausgeschwindelt sein, die sie mehrmals laufen mußte. Mitleidig wurde anlässlich des Selbstmordes Wiebemanns aber mitgeteilt, worüber er müsse auf Privatangelegenheiten zurückgehen, da dienstliches alles in Ordnung sei.

Der Verband sozialdemokratischer Akademiker, der mit seiner Weimarer Tagung zu Pfingsten 1926 zum ersten Male und seitdem unregelmäßig die Öffentlichkeit traf, hält seine zweijährige Jahresversammlung vom 16. bis 18. April in Nürnberg ab. Zur Erörterung stehen „Der moderne Imperialismus und der Sozialismus“ und „Der Sozialismus als sittliche Idee“. Referenten sind Prof. Lederer (Heidelberg) und Direktor Mennicke (Berlin).

Wasserstand

24. Januar.		
Fahrlor	2,22	Ramern (Unter-Vegel) . . . 4,2
Stelle (Stadt) v. 22. 1.	0,05	Dybernburg . . . 3,5
Kesselmündung (Unter-Vegel)	2,40	Abflussmenge (etw. 1/2) 319 cbm
Strieg (Maltentran)	3,51	Jüngerberg v. 23. 1.
Dreiechen	1,92	Wassermenge . . . + 1,8

„Zunächst werde ich den Salon vornehmen,“ entschied der Inspektor.

Lord Calings Unruhe wuchs, als Blaikie sofort mit dem Durchsicht des Zimmers begann und fast jede Minute innehielt um eine Anmerkung in sein Buch einzutragen. Seine Blicken hafteten gebannt am Schreibtisch und jedesmal, wenn sich der Inspektor diesem näherte, zuckte er nervös zusammen. Von Zeit zu Zeit schritt er selbst dorthin und müdete die einzelnen Stellen von Schriften ab, als ob er fürchtete, das Gesuchte übersehen zu haben. Aber Blaikie war viel zu sehr von seiner eigenen Tätigkeit erfüllt, als daß ihm Lord Calings Gebahren aufgefallen wäre. Beim Suchen und Notieren machte er laute Zwischenbemerkungen und lenkte Lord Calings Aufmerksamkeit auf jeden Punkt, der ihm wichtig schien. Als erstes untersuchte er den Fußboden systematisch, obgleich seiner Meinung nach bereits zu viele Leucht im Zimmer gewesen waren, als daß man brauchbare Spuren zu finden hoffen durfte. Dennoch zeigte der dicke Flor des Salontepichs noch deutlich die Stelle, wo der schlende Koffer gestanden hatte. Daneben entdeckte der Inspektor Eindringnisse schwerer Gegenstände, der wohl dorthin geschleift worden war. Schwache Blutspuren, gerade in der Richtung zum Schlafzimmer zum Koffer, fanden sich auf dem Teppich. „Dies bekräftigt mich darin,“ äußerte der Inspektor. „Kein Zweifel besteht mehr, daß er die Leiche in den Koffer packte und mit sich fortzuschleppte.“

„Aber warum hat er sie denn mitgenommen? Das möchte ich wissen. Wenn er nicht alle Spuren des Verbrechens beseitigen konnte, so kann ich beim besten Willen nicht einsehen, warum.“

„Meiner Meinung nach beurteilen Sie es ganz richtig, Mylord. Er wollte die Spuren beseitigen, aber es fehlte ihm an Zeit.“

„Er hätte gar manches beseitigen müssen. Den Blutstempel auf dem Bettlaken und den an der Wand zum Beispiel. Wie sollte er die beseitigt haben?“

Der Inspektor schlug sich erregt aufs Knie. „Ich habe, Mylord, er wollte die Sache so durchführen, daß keine Spur zurückbliebe; aber, als er all dies Chaos angezettelt hatte, gab er dieses Vorhaben auf.“

„Warum ließ er nicht auch den Gedanken fallen, die Leiche mitzuschleppen?“

„Nun... er... um vielleicht die Agnoskierung als Blaikie zu verhindern.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Geschlechtskrankheiten-Gesetz im Reichstag.

Der Reichstag setzte Sonnabend die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fort.

Hr. Joss (Ztr.) leitete die Vorlage zu, wenn auch nicht alle Wünsche des Zentrums erfüllt seien. Dieses Gesetz sei ein Mittel, um mit etwas mehr Erfolg als bisher den Kampf gegen die Volksplage der Geschlechtskrankheiten zu führen.

Hr. Frau Schröder (Soz.)

fest, daß die Sozialdemokratische Fraktion in bezug auf die sozialpolitischen Forderungen völlig einig sei, wenn auch über die rechtlichen Fragen Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Prostitution sei bisher in Deutschland als Gewerbe anerkannt gewesen, trotzdem würden die Mädchen, die dieses Gewerbe ausübten, diskriminiert, sie als Dirnen infamisiert, in Vorhalle eingesperrt und so weiter und ihnen dadurch der Völkchensweg ins geordnete Leben verweigert. Durch die bisherige Bekämpfung der Prostitution, so wie sie die Rednerin aus, ist es nicht gelungen, diesen Schäden der geschlechtlichen Gesellschaft in ihren Ursachen zu fassen. Deshalb ist es begrünlich, daß endlich die Unterhaltung von Bordellen verboten und mit diesen menschenunwürdigen Einrichtungen aufgeräumt wird. Leider ist man bei der Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht so weit gegangen. Es ist eine gesetzliche Bestimmung getroffen worden, die zu den besten Bekämpfungen Anlaß geben muß. Man hat ein Kommissionsgesetz beschlossen, aber die Vorarbeiten in der Frage der Bekämpfung sind noch so groß, daß man sich wenigstens mit dem Gesetz Erreichten abfinden muß.

Anders liegt es mit der Bestimmung, wonach die Ausübung der Prostitution in der Nähe von Schulen usw. unter Strafe gestellt wird. Mit Strafen ist der Prostitution überhaupt nicht beizukommen; gerade der Aufenthalt in Gefängnissen usw. hat vielfach dazu geführt, daß die Prostituierten dauernd an diese traurigen Wege gewöhnt werden. In der Klein- und besonders in die Frage, was gewerbliche Unzucht ist, noch so wenig geklärt, daß dort vielfach Mißgriffe zu befürchten sind. In der praktischen Ausführung würde die Bestimmung, daß in der Nähe von Schulen usw. die Prostitution bestraft wird, gar nicht ausführbar sein, sie wird nur zu einer neuen Form der Reglementierung in der Großstadt, zu einer anderen Art der Reglementierung, führen. Wenn wir in der Bekämpfung der Prostitution neue Wege gehen wollen, dann müssen wir das Mittel endlich fortlassen. Das Neue ist die fürgeringeren Arbeit, hier endlich eine reichsgesetzliche Grundlage gegeben wird. Auch wenn dieses Gesetz angenommen und in der besten Weise durchgeführt wird, wird die Prostitution nicht verschwinden. Dieses Gesetz bringt noch nicht die Erfüllung unserer Forderungen, aber es öffnet den Weg, auf dem weiter gegangen werden muß. Darum werden wir der Vorlage zustimmen. (Beif. Zustimmung bei den Soz.)

Hr. Frau Dr. Lüders (Dem.) bezeichnet das Gesetz trotz mancher Mängel als einen großen Fortschritt.

Hr. Frau Neuhaus (Ztr.) bezeichnet die Fassung des Gesetzes, der die Reglementierung miderst, als ein Kompromiß, der nicht alle Parteien befriedigen kann. Frau Schröder gegenüber betont die Rednerin, daß in der Duldung der gewerblichen Prostitution Unterschiede zwischen Groß- und Kleinstadt gemacht werden müßten.

Ministerialdirektor Dr. Dammann

teilt aus, der Gesetzentwurf sei von Ausschüß sehr sorgfältig überarbeitet worden und seine schnelle Verabschiedung sei im höchsten Interesse. Es handle sich bei der vorliegenden Fassung um ein Kompromiß, das nicht jeden befriedigen könne. Es sei aber bedauerlich, wenn durch Änderungsanträge der Fortschritt der Einigung verzögert würde. Die Regierung sei einverstanden mit dem Antrag Dr. Bayersdorffers und Genossen, der in § 7 die Regierungsvorlage wieder herstellte, also das Besondere der Prostitution als ein Verbrechen anzusehen. Die übrigen Änderungsanträge bittet der Redner abzulehnen. Die Vorschlagsbehandlung sei schon 1918 eingeführt worden und sie habe zu einer Verminderung der Geschlechtskrankheiten geführt. Durch die sorgfältige Ausbildung und Fortbildung der Ärzte werde hoffentlich die künftige Entwicklung weiter gefördert werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. § 1 wird angenommen. — In der Einzelberatung begründet Hr. Frau Schröder (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, wonach Kranken, die keinen Anspruch auf anderweitige ärztliche Behandlung haben, durch die Gesundheitsbehörde unentgeltliche Behandlung bereitgestellt ist. Diese Behandlung sei nach Möglichkeit von den öffentlichen Behandlungsstellen durchzuführen. Die Beratung wird dann auf Montag nachmittag vertagt.

Der Landbund will die Handelsverträge sabotieren.

In der „Weltw. Korrespondenz“ lesen wir:

Der Abschluß von Handelsverträgen hat im vergangenen Jahre nur sehr bescheidene Fortschritte gemacht. Kein Zweifel, daß das Fehlen von Handelsverträgen die deutsche Ausfuhr sehr nachteilig beeinflusst und daß daher beim Abschluß von Handelsverträgen möglichste Beschleunigung im dringendsten Interesse der deutschen Volkswirtschaft geboten ist. Eine andere Auffassung wird vom Reichslandbund vertreten, dessen Organ kürzlich in einem Artikel mit der Überschrift „Regierungsabstimmung und Handelsverträge“ offen der Sabotage der zurzeit bestehenden Handelsverträge das Wort redet. Das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich wird am 20. Februar dieses Jahres ablaufen, und da der endgültige Handelsvertrag bis dahin nicht zustandekommen kann, bleibt als einziger Ausweg die Verlängerung dieses Provisoriums. Der Landbund fordert dagegen, man solle am 21. Februar Frankreich gegenüber den Vertragsverhältnissen in den Zustand eintreten lassen. Bekanntlich wurden in jenem Handelsprovisorium einige Zollvereinfachungen für die französische Landwirtschaft zugestanden. Um diese, in Wirklichkeit recht unbedeutende, Konkurrenz auf einige Zeit los zu werden, würde sich der Landbund nicht scheuen, der deutschen Industrie, vor allem der Maschinen- und chemischen Industrie, die in diesem Provisorium erhebliche Vorteile erzielte, den größten Schaden zuzufügen. Dem Landbund ist aber auch der Abschluß von Handelsverträgen mit der Tschechoslowakei und Polen nicht eilig. Nach seiner Meinung hat weder die Landwirtschaft noch die deutsche Volkswirtschaft überhaupt ein Interesse an dem baldigen Abschluß dieser Verträge; der Zollkrieg mit Polen trifft seiner Ansicht nach Polen sehr viel schwerer als Deutschland. Da die Tschechoslowakei Zollvergünstigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Getreide, Mehl, Hopfen, Obst und Gemüse, erlangen möchte, wollen seinerseits für Getreide, Schweine und Holz, so wünscht der Landbund den Abschluß dieser Handelsverträge so weit wie möglich hinauszuschieben. Wie stark dadurch die deutsche Industrie geschädigt würde, bedarf keiner ausführlichen Beweise. Infolge des Weltkrieges ist zum Beispiel Polen aus der Reihe der zehn wichtigsten Absatzländer der deutschen Industrie im Jahre 1926 überhaupt verschwunden. Die Stellungnahme des Landbundes

hat eine starke politische Bedeutung. Er fordert die Hinausschiebung der Handelsverträge, so lange nicht eine neue Regierung gebildet ist, sicherlich in der Hoffnung, daß diese unter dem Einfluß der Deutschnationalen stehen wird, der Partei, die hinter dem Landbund steht und die dann diese mit Erfolg sabotieren kann.

Die englisch-italienische Annäherung.

Paris, 24. Januar. (Eigener Zeitbericht.)

Die hiesigen Morgenblätter melden aus Rom, daß im Laufe des letzten Besuches Churchill's bei Mussolini, Großbritannien eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling Italien zugestanden habe. Dafür habe die britische Regierung durchgesetzt, daß Italien seine diplomatische Tätigkeit im Balkan einschränke.

Von der Schweizerischen Sozialdemokratie

Mit Anfang dieses Jahres ist die Schweizerische Sozialdemokratische Partei Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale geworden. Gemäß dem Beschluß ihres Parteitag's wird sie in der Exekutive durch Genossen Robert Grimm vertreten sein. Als Erghmann wurde Genosse Paul Graber bestimmt. Gemäß den Statuten der S.A.I. gehören die Exekutivmitglieder des Landes, in dem das Sekretariat seinen Sitz hat, auch der Geschäftsmission an. Genosse Grimm wird also gleichzeitig auch Mitglied der Geschäftsmission sein, deren Aufgaben gegenwärtig vom Büro der S.A.I. beauftragt werden.

Die Schweizerische Sozialdemokratie zählte am 31. Dezember 1925 31 243 Mitglieder, von denen 1538 Frauen waren. Seither dürfte die Mitgliederzahl eine Steigerung erfahren haben, da der Schweizerische Grünlverein bei seiner Auflösung im November 1925 den Beschluß faßte, seinen Mitgliedern den Eintritt in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz zu empfehlen. Bei den letzten Nationalratswahlen, die im Jahre 1925 abgehalten wurden, erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 195 768 Stimmen, das sind rund 25 Prozent der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen (784 733). Im Nationalrat stellt sie 49 Mitglieder von insgesamt 198 und bildet die zweitstärkste Fraktion nach der freisinnig-demokratischen. Im Ständerat, der Vertretungskörperschaft der einzelnen Kantone, der 41 Mitglieder zählt, ist die Partei durch zwei Genossen vertreten.

Die Parteipresse besteht aus 15 Tagesblättern, 2 Wochenblättern und der wissenschaftlichen Monatschrift „Rote Neuzeit“. Ein Zentralorgan für die ganze Schweiz besteht nicht. Auch der Sitz der Geschäftsleitung der Partei, die aus 11 Mitgliedern und den Parteisekretären besteht, ist nicht festgelegt, sondern der Parteitag bestimmt den „Borort“. Dieser ist gegenwärtig Bern. Der Parteivorstand, der sich einige Male im Jahre versammelt, ist eine Körperschaft von etwa 70 Mitgliedern. Sie leitet sich aus der Geschäftsleitung und den Vertretern der kantonalen Parteien, die je nach der Mitgliederzahl auf einen bis drei Vertreter Anspruch haben — die Vertreter der Parteiblätter und der Parlamentsfraktion zusammen.

Frauen und Männer sind in der Parteiorganisation vereinigt, doch bestehen in den größeren Sektionen besondere Frauengruppen. Die Jugendbewegung der Partei ist bei der Spaltung nahezu völlig in die Hände der Kommunisten geraten und in deren Händen nach kurzer Zeit zu gänzlicher Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Im vorangehenden Jahre ist der Versuch unternommen worden die Jugendbewegung neu aufzubauen; die Organisation zählt gegenwärtig etwa 600 Mitglieder.

Die Gewerkschaftsbewegung, deren Zentrale sich ebenso wie die der Partei in Bern befindet, umfaßt 149 997 Mitglieder, und ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossen. Zusammen dem Gewerkschaftsbund und der Partei besteht eine innere berufliche und soziale Zusammenarbeit.

Die Kommunistische Partei, die nach der Spaltung des Jahres 1920 zunächst große Hoffnungen auf Erfolg hatte, zählt nach Angabe der Kommunistischen Internationalen 600 Mitglieder, und erzielte bei den Wahlen des Jahres 1925 1 177 Stimmen, das sind 1,8 Prozent der Gesamtstimmenzahl. Im Nationalrat ist die Kommunistische Partei durch drei Abgeordnete vertreten. Aus diesen Zahlen geht mit voller Deutlichkeit hervor, daß die Folgen der Spaltung überwinden sind und die Schweizerische Arbeiterpartei ihren wirklichen Ausdruck in der Sozialdemokratie findet.

Verurteilung der katalonischen Spißel in Frankreich.

Die Führer des katalonischen Komplotts erhielten noch am Sonnabend nach ihrer Verurteilung durch ein Pariser Gericht von dem französischen Minister des Innern einen Ausweisungsbefehl. Garibaldi, der zu zwei Monaten Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe verurteilt wurde, muß Frankreich nach diesem Befehl innerhalb drei Tagen verlassen. Das Urteil erkennt ihm und allen anderen Angeklagten, die zu ähnlichen Strafen verurteilt wurden, Bewährungsfrist nicht zu.

Bullrich-Magen-Salz.

Nur echt in blauer Packung mit dem Bilde des Ochsen. 100 Jahre ununterbrochen gen. Folgen schlecht. Verdauung u. Sodbrennen. Höchste Sie groß. u. rando Probe in Gebrauchsanweisung. Pulver 250 g 0.60. Tabl. 0.35 u. 1.50. Bullrich, Berlin W 35.

Aus aller Welt.

Revolverattentat im Finanzamt.

Im Finanzamt Berlin-Neukölln spielte sich am Sonnabend vormittag eine Tragödie ab. In Begleitung seines zwölfjährigen Sohnes erschien der Leiter einer Apparatefabrik, der Kaufmann Paul Hackbusch. Eine Überprüfung hatte ergeben, daß die Bücher in Unordnung waren. Die Einkommensteuer wurde höher veranschlagt, womit Hackbusch jedoch nicht einverstanden war. Mehrfach war er deshalb bereits auf dem Finanzamt erschienen. Am Sonnabend übergab er dem zuständigen Beamten einen Brief, den dieser jedoch nicht persönlich annahm, sondern um ordnungsgemäße Zustellung bat. In diesem Augenblick zog der Kaufmann einen Revolver. Der Schuß, den er zunächst abgab, traf seinen neben ihm stehenden Sohn in die Schläfe und verletzte ihn lebensgefährlich. Ehe er einen zweiten Schuß auf sich selbst oder die Beamten abgeben konnte, wurde ihm die Waffe aus der Hand geschlagen. Der Brief, den Hackbusch abgeben wollte, ist sehr verworren. Er erklärt, jede Hoffnung verloren zu haben, und sei entschlossen, seinem Leben ein freiwilliges Ende zu bereiten. Er wolle nach versuchen, an der Gemüthslosigkeit der Beamten zu rütteln, und wolle daher mit seinem Finanzbeamten ein Duell durchführen; er habe zwar kein Rachebedürfnis gegen diesen, aber durch sein Unternehmen wolle er eine Anregung dazu geben, daß der wichtige Posten eines Buchprüfers im Finanzamt mit Leuten höchster Qualität besetzt werde.

Opfer des Spirituskochers.

In Pölich bei Stettin kam die zehnjährige Tochter des Klempnermeisters Franz Krelle mit einem brennenden Spirituskocher zu Fall. Dabei erglöh die Flamme die Kleider des Kindes, die, da sie mit Spiritus übergeben waren im Augenblick lichterloh brannten. Hilfe kam zu spät, das Kind hatte am ganzen Körper so fürchterliche Brandwunden erlitten, daß es bald darauf starb.

Selbstmord für einen unannehmlichen Vater.

Der Zimmermann Eckbauer in Ruzsch hatte seinen fünfjährigen außerehelichen Sohn nach seiner Verheiratung mit einer

Soziales.

Wie die russischen Nachtschlaf heute aussehen.

Die Volkszählung vom Dezember 23. hat in Verhältnissen herangezogen, über die bloßer in der russischen Presse nur sehr dürftige Nachrichten zu finden waren. Wir entnehmen der Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „Krasnaja Moskwa“ Nr. 1 vom 2. Januar 1927 eine Schilderung über die Eindrücke, die ein sozialistischer Arbeiter in den Nachtschlaf empfangen hat. Diese Ausführungen sind zu vergleichen mit den in der kommunistischen Presse wiedergegebenen röhigen „Eindrücken“ der Russlandsdelegierten Grete Bergweiler.

„In einigen Schlafswindeln und die Obdachlosen, gewarnt durch ihre Paravants, am Vorabend der Zählung ausgehört. Die Zählung in den Moskauer Nachtschlaf stieß auf zahlreiche Personen, die von auswärtigen Kommandos in die Gesellschaft von Dieben, Bettlern und Prostituierten geraten waren. Darunter befanden sich gedehnte „Schrittler“ und „Künstler“, dem „Familiengeld“ Entlohnende und sogar solche, die infolge des „Sparianbeitsregimes“ mit so geringen Löhngeldern aus der Provinz nach Moskau entsandt worden waren, daß sie im Nachtschlaf hielten. — Die Mehrheit der Nachtschlafbewohner waren aber Diebe, Bettler, Prostituierte, Mitleiderhändler, „Alteihändler“, wie sie selbst ihren Beruf kennzeichnen. Tagsüber verstreuen sie sich über die Straßen der Stadt, betteln, stehlen und handeln. Die Nacht treibt sie in das Asyl. Es ist sehr schwierig, das Asyl zu verlassen, denn niemand will die Asylinsassen einlassen.“

Die Familien- und Eheverhältnisse zeigen vielfach große Unklarheit und Widerbrüche. — Sie verlangen Mütter, daß man sie als Jungfrauen bezeichne. Ein anderer verlangt, daß man eintrage „ledig“, hat aber eine Frau. Einige Frauen verlangen, daß man in ihre Karte 2—3 Ehemänner einträgt. Andere verlangen folgende Eintragung: „eine legitime und eine illegitime Frau“. Im Stadtviertel Solotnik sind an einem Tage fünf Fälle von Polygamie verzeichnet worden. Mehrere Frauen beanpruchten für sich den gleichen Mann, wobei der letztere nicht in der Lage war, festzustellen, welches seine Frau war.

Da, wo die Arbeiter in Arbeiterheimen hausen, herrscht große Engigkeit. Aber noch schlimmer ist es in den Einzelquartieren, in denen man häufig in einem Zimmer zwei Familien antrifft. Die Engigkeit geht soweit, daß auf eine Person ein halber Quadratkilometer kommt, was ein Viertel der normalen Wohnfläche ausmacht.“

Kammergerichtsentscheidungen in Aufwertungsfragen.

Der Amtliche Preussische Preßedienst gibt folgende neuere Entscheidungen des Kammergerichts in Aufwertungsfragen bekannt:

1. In den „Unternehmen“ im Sinne des § 7 Abs. 1, S. 3 Aufwertungsgelei gehören auch die evangelischen Kirchengemeinden (siehe Zivilsenat vom 2. Dezember 1926; I. X. 770/26).

Ein Miterbe, der ein Nachlassgrundstück von anderen Miterben durch Auflassung erworbt, kann sich im Falle des § 20 Aufwertungsgelei nicht auf die Beschränkung über den öffentlichen Glauben des Grundbuches berufen (II. Zivilsenat vom 25. November 1926; II. X. 902/26).

Die Vorschrift des § 4 Halbsatz 2 Aufwertungsgelei, nach der die Hypothek nicht höher aufgewertet werden darf, als die durch sie gesicherte Forderung findet auf die Grundschuld keine Anwendung (II. Zivilsenat vom 25. November 1926; II. X. 1262/26).

1. Bei einem Antrage auf Abwertung der dinglichen Schuld kommt die wirtschaftliche Lage des Erwerbers, der noch nicht als Eigentümer eingetragen ist, nicht in Betracht.

2. Ein Erwerber des Grundstücks, der noch nicht als Eigentümer im Grundbuch eingetragen ist, kann dem Eigentümer im Abwertungsverfahren als Nebenintervenient beitreten (I. Zivilsenat vom 25. November 1926; I. X. 1356/26).

Die Stellung der Anträge auf Ermäßigung der Hauszinssteuer; Verlängerung der Fristen.

Der Amtliche Preussische Preßedienst mitteilt, ist durch die Dritte Verordnung zur Durchführung der Hauszinssteuerverordnung vom 28. Dezember 1926 die Frist zur Stellung von Anträgen gemäß

§ 2 Absatz 3 der Hauszinssteuerverordnung (Herabsetzung der Steuer bei geringerer Friedensmiete als 6 Prozent des Grundvermögenswertes)

§ 2 Absatz 4 (Berechnung der Steuer nach dem Gebäudewertungswert bei gewerblichen Grundstücken),

§ 4 Absatz 3, 4 und 5 (Herabsetzung der Steuer bei geringerer Befastigung als 40 v. H. des Friedenswertes) und

§ 5 (Steuerbefreiung oder Herabsetzung für Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 90 Quadratmeter) bis zum 31. März 1927 verlängert worden.

Amtliche Dividenden der Berliner Börse vom 22. Januar.

1 Pfund Sterling	20,451	100 fr. Francs	16,70
1 Dollar	4,2135	100 sch. Kronen	12,473
100 holl. Gulden	168,44	100 Schweizer Francs	81,14
100 Belg. = 500 Franken	58,60	100 Leutas	68,23
100 norw. Kronen	107,42	100 schwed. Kronen	112,46
100 Danzig. Gulden	81,55	100 Weng.	73,63
100 Lire	18,31	100 öst. Schilling	69,43
100 dän. Kronen	112,30	100 Jloin	46,63

anderen Frau zu sich ins Haus genommen, wo der Junge sowohl von seinem eigenen Vater als auch von der Pflegemutter un-menschlich mißhandelt wurde, so daß die Behörde schließlich das Kind aus dem Hause nahm. Das Landgericht Passau als Berufungsinstanz verurteilte den Vater zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und die Pflegemutter zu 1 Jahr Gefängnis.

Mord an einem Juwelier.

In Frankfurt a. M. wurde am Sonntag der Juwelier Josef Gravenau in seinem Laden in der Kaiserstraße mit schweren Kopf- und Stichwunden tot aufgefunden. Von der Polizei wurde festgestellt, daß Schmuckgegenstände im Werte von etwa 60 000 Mark geraubt wurden. Der Täter ist unbekannt entkommen.

Der Lebejüngling aus der Provinz in Berlin.

Die Berliner Kriminalpolizei konnte den Bantlehring Vogelstein aus Münster festnehmen, der sich durch Schießbeträge von 12 000 Mk. angeeignet und dann die Flucht ergriffen hatte. Mit Recht vermutete man, daß er sich nach Berlin gewandt hatte, um dort den Lebermann zu spielen. Tatsächlich trafen ihn Polizeibeamte, die auf der Suche nach ihm waren, in einem Weinstal in Begleitung zweier junger Damen. Von Münster war er direkt nach Berlin gefahren, wo er sich zunächst von Kopf bis Fuß neu einkleidete. Sehr rasch lernte er eine Kavalierin kennen, die ihm die Zeit vertreiben half. Für ein Schächerstückchen schenkte er ihr großzügig 600 Mark. Beim nächsten Selbstmord kam auch die Freundin mit. Diese erhielt vom Kavalier für ihre schönen blauen Augen 200 Mark geschenkt. Weiteren Kavalierstücken machte die Polizei ein Ende, die bei dem Verhafteten noch 9800 Mark vorfand. Auch die beiden Mädchen mußten ihre Spenden wieder herausgeben.

Ein Sportler in Amerika tödlich verunglückt.

Ein Automobilist in Texas, in dem sich die Sportmannschaft der Baylor-Universität (Texas) auf dem Spielplatz begab, stieß mit einem beschleunigten Personenzug zusammen. Es wurden elf Studenten getötet und elf schwer verletzt.

Stadttheater
Montag 8 Uhr:
Die Bohème.
Dienstag 8 Uhr:
II. Abonn.-Vorstellung
Serle A.
**„Die Entführung
aus dem Serail“**
Mittwoch 8 Uhr:
Der Troubadour

**Sie laden
sich gesund**
in dem besten
Manege-Vollstück
**Es klappert die Mühle
von Sanssouci**
Darum auf in den
**Circus
Busch**

Oberbett, 2 Rippen
mit voltem Inhalt 220
für 24.00 Pl. zu verkaufen
Freiburger Straße 5, hp. 1
Habe nur keine Angst,
der Husten wird gelindert
durch Kudraß Husten-ombons
„Wegister“
Zu haben zu 36 und 50 Pl.
in den Apotheken, Drogen-
handlungen und Niederlagen,
wo Plakate hängen, 2051
Alleiniger Fabrikant:
Paul Kudraß, Neerode.

Schauspielhaus
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr:
Wiederkehrten
Trade Roller, Ivo Wimmer
„Die Zirkusprinzessin“
Freitag 8 Uhr:
Sam 75. Male!
„Die Zirkusprinzessin“
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr
„Das Dreimäderlhaus“

**Liebtch-
Theater**
Telephon Stephan 3464
Täglich 8 Uhr:
Der sensationellste Erfolg des Jahres
Programms: U. z.:
**Von Löwen
gefangen**
Tollkühner Kampf mit dem
widerstem Bären-Löwen.
Billige Eintrittspreise v. 50 Pl. an
Jeden Sonn- u. Feiertag
nachmittags 3 1/2 Uhr
Familien- u. Kinder-
Vorstellung.
Das volle Programm zu
ermäßigten Preisen.

Urania
12 Monatshefte
und 6 Bücher
**Des proletarische
Kosmos**
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle
6 Sellung u. die Zeitungsträger.

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Montag, Dienstag,
abends 8 Uhr:
Oliapotrída.
Vorher:
Der Kammerfänger
Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Montag, Dienstag,
abends 8 Uhr:
Fran Warrens Gewerbe.

Kostenlose 6242
Feuerbestattung
sichert man sich durch Beitritt zum
„Verein Flamme“
älteste Feuerbestattungs-Organisation Breslau
Geegründet 1897
Geschäftsstelle: Breslau 1, Junkerstraße 1.
(Nicht zu verwechseln mit: Kasse Flamme!)
Mitgliedsbeiträge:

Stufe	Eintrittsalter	Monatlich
1	18 bis 25 Jahre	Mk. 0.75
2	über 25 „ 40 „	„ 1.00
3	„ 40 „ 50 „	„ 1.25
4	„ 50 „ 55 „	„ 1.50
5	„ 55 „ 60 „	„ 2.00
6	„ 60 „ 65 „	„ 3.00

Leistungen des „Verein Flamme“:
360 Mark für jeden Einäscherungsfall!
Satzungen durch d. Geschäftsstelle, jenseits 1. einhändig
Der „Verein Flamme“ beschäftigt keine Agenten!

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Zweimaliges Gastspiel
Kammerfängerin Lotte Lehmann
Staatsoper Wien
Dienstag, 1. Februar,
abends 8 Uhr:
„Turandot“
Lyrisches Drama in 3 Akten
Musik von G. Puccini.
Prinzessin Turandot:
Kammerfängerin Lotte Lehmann
als Gast.
Donnerstag, 3. Februar,
abends 7 Uhr:
„Lannhäuser“
von Richard Wagner.
Elisabeth:
Kammerfängerin Lotte Lehmann
als Gast.
Der Kartenvorverkauf f. beide Gastspiele beginnt Montag, 24. Januar
Eintrittspreise: Gruppe V (von 1—10 Mk.) 6263

**Druckerei
Volkswacht**
fertigt
moderne Druckfachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

**Soeben
in Breslau
eingetroffen!**

**NUGGET
wieder
bei**

SCHUHPUTZ
SCHUTZMARKE
WASSERDICHT - SAUREFREI
SCHWARZ-DUNKEL BRAUN
HELL BRAUN-MITTEL BRAUN
TONEY ROT
WEISS.

Unser Bestreben, unserer
Kundschaft in jedem Ar-
tikel das Beste zu bringen,
hat uns veranlaßt, Nugget
wieder einzuführen.
NUGGET
ist unentbehrlich.
Damit sich auch diejeni-
gen Kunden, die Nugget
nicht von früher kennen,
von der Güte überzeugen
können, geben wir im
Laufe der nächsten Woche
Probeprosen
gratis ab.

Mausner
Hauptgeschäft: Ohlauerstr. 5/6. Schuh-Magaz Ring 22, 1. Stock (Fahrstuhl)

Am
28. Januar beginnt
Unser
Endverkauf
„Dammick“
Küpferschmiedestr. 42

Spanier's Teppich-Haus
nur Reuschestraße 58 und Schmiedebrücke 56
beginnt am Montag, den 24. Januar, mit dem diesjährigen Inventur-
**Ausverkauf zu rücksichtslos
herabgesetzten Preisen**

1 Riesen- Posten Ca. 2000 Stück Sowjet Vorrat	Teppiche von 7.50 an	Diwandecken 4.50
	Vorleger von 0.75 an	Tischdecken 1.25
	Läufer von 0.45 an	Möbelstoffe Meter 1.20
		Gobelins gewebt 75x115 4.85
		Schlafdecken 0.95
		Madras dunkelgründig 150 cm br. Meter . . . 1.65
		Vorhangleinwand 150 cm breit, gestreift . . . 1.35
		Scheiben-Gardinen Paar 0.45
		Bettkrawatte 40 cm breit Meter 0.30
		Spannstoff 120 cm breit Meter 1.25

Wolltapesty-Vorlagen 2.80	Chinesische Ziegenlille 7.65
Fensterries 30 cm breit Meter 2.90	Steppdecken doppelseit. Satin Größe ca 150/200 12.40

Während des Ausverkaufs auf nicht herabgesetzte Preise **10%** Kassen-Rabatt!

Angestaubte Gardinen Stores, Bettdecken Reste bis ermäßig!

Rein Messing-Garnitur verstellbar, kompl. mit 28ml. Zubehörtellen 2.75	Steppdecken-Satin 160 cm breit, in allen Farben . . . Meter 2.40
---	---

Spanier's Teppich-Haus
Nur Reuschestraße 58
und Schmiedebrücke 56
Ecke Kupferschmiedestraße, parterre und 1. Etage
Unübertroffene Auswahl!

© Berücksichtigt unsere Inferenten! ©

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Januar.

Jetzt mehr verstehende Liebe!

(Beobachtungen einer Krankenschwester.)

In der heutigen, schweren Zeit, wo die Nachwirkung des verlaufenen Krieges bedrückend auf den Armen lastet, besonders auf denen, welche vor dem Kriege in privilegierten Verhältnissen lebten, wäre es doch im Interesse der gesamten Allgemeinheit wünschenswert, wenn etwas mehr verstehende Liebe und milde Barmherzigkeit gepflegt würde. Die Sorgen und Sorgen würden leichter getragen werden, wenn von führenden Seiten aus mehr stillwallende Liebe und Anteiligkeit am Plage wäre. Aber auf wieviel Herzlosigkeit und liebloses Verhalten mancher Vorgesetzten, den Armen gegenüber, muß man stoßen! Da ist ein Bezirks-Vorsteher, der in lieblos kalt berechnender Weise den Armen die wirklich bescheidene Einnahme vorrechnet, und er bloß zu verleben hat; — was darüber ist, ist schon überflüssig! — Nämlich: Drei erwachsene Personen mit einem kleinen Kinde (davon ist die alte Mutter mit der einen Tochter schon seit Jahren krank — also arbeitsunfähig!) dürfen 84 Mark monatliche Einkünfte haben; davon wohlweislich abgezogen: Miete, Heizung, Beleuchtung, Verpflegung und sonstiges, alles zusammen gerechnet 28,92 Mark, bleiben zum Lebensunterhalt ganze 55,08 Mark! Wo bleibt die Bekleidung, die Heizung?! Das soll also auch von den 55,08 Mark abgezogen werden! In dieser teuren Zeit ein bißchen viel verlangt! Wenn daher die andere gesunde Tochter fleißig ist und was mehr verdient, oh — das ist schon zu viel, dann kann man schon die kranke Schwester durchbringen! Was sagt die Allgemeinheit dazu? Ist der betreffende Herr Bezirks-Vorsteher bloß ein trockener Zahlenmensch, ohne Herz?

Selbst in kirchlichen Kreisen erlebt man traurige Fälle. Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Geheiß Christi erfüllen, und übt Liebe und Barmherzigkeit — gebet den Armen! So tönt es wörtlich allmonatlich von der Kanzel herab; bloß leider: Manche Geistliche selbst denken sehr nüchtern über Beispiele:

1. Eine arme Witwe von der Elftausend-Frauen-Gemeinde wendet sich in ihrer Not (es war kurz vor Weihnachten) an ihren Bezirks-Geistlichen; der betreffende Herr sandte nach acht Tagen wohl eine Dame nachzufragen. (Selbst zu gehen hat er keine Zeit.) Die Dame schrieb sich die bescheidenen Wünsche der Witwe auch auf, machte ihr in süßlichen Worten den Mund wässrig (wie der Volksmund sagt), aber bis zum heutigen Tage wartet das arme, alte Mutter noch auf die misshätige Liebe!

2. Bei einer anderen Witwe derselben Gemeinde, wo wirklich schon seit Jahren Krankheit, Kummer und Sorgen herrschen, kümmert sich kein Mensch um sie, ja — der Herr Bezirks-Geistliche soll heute noch den pflichtschuldigen Krankenbesuch machen? Gewiß; er würde noch nicht aufgefodert, also braucht er auch nicht zu gehen!

Na ja, gerufen wollen die Herren sein, unter die Flügel der Armen kriechen, mit schönen, unterwürfigen Reden lassen sie sich schmeicheln lassen, dann erst lassen sich die Herren herab, dem Armen die Almosen zuzuworfen, wie dem Hund das Stückchen Brot! Soll einem das nicht empören? Und dem arme Leute keine Reaktionen? Meines Erachtens ist Armut keine Schande, und es müßte lieblich nachgefragt werden, wie so manche in die deprimierende Lage gekommen sind. Wie manches arme Gemeindeglied würde sich aufrichtig freuen, wenn einmal von einem der Geistlichen nach ihnen zu kommen, wie ein treuer Hirte die Lämmer helfen tragen möchte; er leidet: Dazu hat der Herr keine Zeit; er hat andere Pflichten. Wohl, ich will es gelten lassen — aber trotz der vielen Arbeit kann man etwas mehr liebevoller und hilfsbereiter denn andern gegenüber sein. Zu was ist man denn als Pfleger? Immer Almosen auszuteilen ist ja manchmal gar nicht notwendig; aber mit Rat und Tat beistehen, das ist die Hauptsache und richtet manchen Armen auch auf! Warum richtet so viel Verbitterung gegen die Kirche?? O, laßt ihr mehr Liebe, Liebe gelten, und alles wäre anders!

Mein Beruf zwingt mich, in viele arbeitslose Häuslichkeiten Einblick zu tun, und ich muß staunen, wie kalt und herzlos manche Geistliche bewegen. Ein anderer Geistlicher von der oben genannten Gemeinde blachte es sogar fertig, bei einer alten, alten Mutter und deren kranker Tochter einen Besuch zu machen, ohne ihrem aufgeregtem, verzagtem Herzen mit geistlichem Zuspruch und Gebet tröstlich zur Seite zu stehen. Dem Herrn noch es vielleicht zu viel nach Armut, deswegen wollte er es nicht machen und sich nicht lange darin aufhalten! Kennt man etwas Liebe? Soll man da noch Vertrauen und Glauben haben? Wenn man persönlich auf so viel Mißstände der kirchlichen Nächstenliebe stoßen muß, so ist es kein Wunder, wenn Verbitterung und Traurigkeit die Seele gefangen hat. Die so nüchtern veranlagten Herzen überlegen sich aber nicht, daß manche arme Schuldlos ihr ganzes Hab und Gut im Moloch Krieg geopfert haben, und früher wohl die selbe soziale Stellung vertraten, als die Herren heute! Warum ist man so furchtbar hochmütig? Geistliche dükten diese Untugend überhaupt nicht besitzen! Hochmut kommt vor dem Fall!

Allen den Kreisen, die so nüchtern und kalt denken und handeln, möchte ich im Interesse der Allgemeinheit zurufen: Liebe, übt mehr Liebe, mehr verstehende Liebe und richtige Teilnahme und steht mit Rat und Tat den Armen bei! Laßt die Armen auch Menschen sein! Seid hoch über die trockenen, kaltberzigen Zahlenmenschen, sondern laßt sie Liebe und nur Liebe walten. Ihr werdet Freude und Dankbarkeit ernten!

Breslau im Schnee.

Es ist beinahe nicht zu glauben, aber doch ist es Tatsache, daß wochenlangem Grippewetter ist nun ein zeitgemäßer Winter angebrochen. Schon gestern vormittag fielen dünne Flocken, die langsam dichter wurden, und heute früh waren Straßen und Gänge, vor allem aber die Promenaden mit einer ansehnlichen Schneedecke versehen. Allerdings ist der Schnee recht feucht untergetreten, so daß er sich zwar auf den Bäumen recht fest ausnimmt, wo er an allen Zweigen hängen blieb, aber gar keine Dauer verspricht. In den Straßen wurde er bald zusammengeschaukelt, und in Haufen aufgeschüttet wartet er der Abfuhr. Die Wetternachrichten lassen weiteren Schnee erwarten, und unter Umständen kann der Winter noch lang genug werden. Der Wunsch wäre das freilich nicht, aber zunächst kann man wegen der Aufreinigung durch den Schneesall freuen. Die Grippe wird nun mit dem Schnee aus Breslau hinausgeschwemmt.

Entschädigung für Freimachung von Wohnungen.

Wer in Breslau eine selbständige Wohnung inne hat, zu deren Benutzung er befugt ist, und sie zur Zuweisung an einen Wohnungsuchenden durch das Wohnungskommissariat unter Verzicht auf anderweitige Wohnungszuweisung frei macht, kann auf Antrag aus Gemeindefonds eine gänzliche oder teilweise Entschädigung bis zu 6,50 Mark für den Quadratmeter erhalten, je nach Beschaffenheit und Zustand der Wohnung. Umzugskosten

Schulungsarbeit der schlesischen Kinderfreunde.

Eine gute praktische Kinderfreundearbeit ist nur möglich, wenn auch die Helfer eine grundlegende theoretische Einarbeitung zur Arbeit haben. Die Kurse und Arbeitslagungen des Bezirkes sollen die Voraussetzungen dazu schaffen. In gemeinsamer Arbeit wollen wir versuchen, eine einheitliche Grundlage für unsere Arbeit zu gewinnen.

50 Genossen aus vierzehn verschiedenen Ortsgruppen war es auch diesmal möglich, am 15. und 16. Januar an dem Verhandlungskursus teilzunehmen, der vom Genossen Hans Reiberger aus Nürnberg in Striegau geführt wurde. Bereits am Sonntagabend wurde mit der Arbeit begonnen. Der achtstägige Kursus im Sommer hatte gegenüber Vorarbeit getan, und wir konnten bald mitten in die Arbeit steigen.

Die Kinderfreundebewegung als Erziehungsbewegung des Proletariats lautete das Thema. Der Zweck des Kurses war, die Stellung der Kinderfreunde zu Schule und Familie zu zeigen, und den Aufgabenkreis der Kinderfreunde zu verschiedenen sozialistischen Organisationen zu klären.

Das Ziel der heutigen Volksschule ist, die Menschen zu gehorsamen und zufriedenen Staatsbürgern zu erziehen. Das Volk will wirtschaftliche und politische Macht. Die weltliche Schule bietet die Möglichkeit zur Erziehung in diesem Sinne, aber sie muß erweitert werden von einer bewußten sozialistischen Lehrer- und Elternschaft.

Die Eltern haben laut Reichsverfassung für leibliche, seelische und gesellschaftliche Erziehung ihrer Kinder zu sorgen. Die Familie im Mittelalter war Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft. Sie war aber zugleich auch der Bildungsfreis. Die Kinder wurden innerhalb der Familie für ein bestimmtes Handwerk erzogen. Die Erziehung lag in den Händen der Familie. Die Familie von heute ist zur Erfüllung dieser Pflichten zum Teil nicht mehr imstande. Durch die große Not wird die Gesellschaft gezwungen, einen Teil zur leiblichen Erziehung beizutragen. Sie tut es durch öffentliche Speisungen. Gesellschaftliche Erziehung bedeutet für die Wirtschaft erziehen. Auch dieser Aufgabe ist die heutige Familie nicht mehr gewachsen. Die Familie in diesem eigentlichen Sinne besteht heute überhaupt nicht mehr. Auch die Gesellschaft für das Kind spielte sich im Mittelalter in der Familie ab. Heute bietet die Ge-

ellschaft dem Kinde andere Gesellschaftsmöglichkeiten. Das Kind sucht sich seine Gesellschaft, wo es sich als Kind frei bewegen kann. Es findet diese auf der Straße in Straßengemeinschaften mit Gleichaltrigen. Auch die Kinderfreunde bieten ihnen die Gelegenheit zur freien Betätigung. Die Kinder gehen den Eltern dadurch als Kinder verloren. Unseren Genossen ist die Möglichkeit gegeben, ihre Kinder wiederzugewinnen, zwar nicht als das unelbständige kleine Kind, aber als kleiner Genosse, wenn die Eltern in unserer Bewegung mitarbeiten. Die Kinder lernen dann ihre Eltern als Genossen anerkennen.

Die Stellung der Kinderfreunde zu den einzelnen sozialistischen Organisationen wurde dann noch besprochen. Die Stellung zur Partei ist eine ganz klare, denn wir sind die Erziehungsbewegung der Sozialdemokratischen Partei. Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften können in der Agitation unterstützt werden. Mit der Arbeiterjugend verbindet uns das gleiche Ziel. Engste Zusammenarbeit muß gewahrt werden. Die Organisation der roten Klassen für die älteren Kinder innerhalb der Kinderfreundebewegung ist zu empfehlen, wenn verantwortliche Führer dafür vorhanden sind. Die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Organisationen fördert unsere gemeinsame Arbeit.

Die Arbeit am Sonntag wurde eingeleitet durch eine kurze Morgenfeier. Der Gedanke dieser Feier war die Freude am Schaffen, das gemeinsame Schaffen. Den Mittelpunkt der Feier bildete eine Vorlesung: Der Plan zum Bau eines Turmhauses aus Max Barthels „Spiel mit der Puppe“. Weltgefühl und Zeitgefühl ist durch den Bau dieses Turmhauses geschaffen worden. Freude und Freundschaft sollte später durch die Schaffung eines Kinderheiles gebracht werden. Musik und Regitationen umrahmten diese Vorlesung.

Wir haben auf unserem Wege der Arbeit noch manchen Berg zu bestiegen. Wir werden diese Hindernisse nur überwinden, wenn unsere Arbeit getragen wird von einem einheitlichen Willen. Freude und Freundschaft sollen mit und durch vereint zu gemeinsamer Arbeit für ein großes Ziel im Kampf um den Sozialismus. In diesem Sinne und mit dem Gelang der Internationale wurde der Kursus geschlossen.

werden höchstens bis zum Betrage der vom Spediteur einzureichenden Rechnung und unmittelbar an diesen erstattet. Der Wohnungsinhaber muß eine Erklärung darüber beibringen, daß er für die Dauer der Zwangswirtschaft auf Zuweisung einer selbständigen Wohnung in Breslau verzichtet. Ferner eine Erklärung des Hauseigentümers, daß er die freierwerbende Wohnung weder für sich, noch für Angehörige, noch als Hausmeisterwohnung beanprucht. Im Falle des Wegzuges nach außerhalb muß eine Bescheinigung der zuständigen Wohnungsbehörde darüber vorgelegt werden, daß im neuen Wohnort eine Wohnung nicht in Anspruch genommen wird. Anträge sind an das Wohnungskommissariat, Grünstraße 39, zu stellen, das nach freiem Ermessen entscheidet. Ein Rechtsanspruch besteht nur, nachdem in Einzelfällen eine Bewilligung ausgesprochen ist.

Heute abend 8 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses
Generalversammlung
der Sozialdemokratischen Partei
Ohne ordnungsmäßiges Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Stadtrat Max Kalkbrenner gestorben.

Am 23. Januar, nachmittags 1 Uhr, ist Stadtrat Kalkbrenner gestorben. Als jüngster Sohn des Hauptlehrers Julius Kalkbrenner wurde er am 12. August 1872 in Ranskau geboren. Am 1. Oktober 1896 trat er als Lehrer in die Dienste der Stadt Breslau und war hier an den evangelischen Volksschulen Nr. 62 und 64 und 21, Lehmgrabenstraße, tätig. Im Jahre 1922 trat er in den Magistrat, bezieht aber seine Lehrtätigkeit in der ersten Zeit bei. Am 1. Juli 1925 wurde er zum Rektor gewählt. Sein Hauptamt war das des Jugendamtes, das ihm mit dessen Gründung im April 1924 übertragen wurde. Daneben verwaltete er noch einige kleinere Dezerate im Wohlfahrtsamt. Kalkbrenner gehörte der Deutschen Nationalen Volkspartei an.

Liebe Eltern im Strehleer Tor, Ohlauer Tor und Gräbchen!

Wir wenden uns mit der herzlichsten Bitte an euch, doch in der Nacht von Sonntagabend, den 5., zu Sonntag, den 6. Februar, ein Kind zu beherbergen. Ueber fünfzig Striegauer Kinder von Steinarbeitern kommen sich 1 1/2 Tage das Leben der Großstadt anschauen, und wir wollen ihnen helfen, es ihnen so schön wie möglich machen. Sind doch viele Kinder darunter, die das erste Mal in die Mauern einer Großstadt kommen und denen es sonst selten möglich wäre, ein Kind schon großstädtische Verhältnisse kennen zu lernen, die für die geistige Entwicklung viel beitragen. Darum helfe! Wer ein Bett für eine Nacht freimachen kann, dem sind wir im voraus dankbar. Wir bitten es den Gruppenleitern oder dem Genossen Kirsche, Neudorfstraße 58, bald mitzuteilen.

Elternverein der Arbeiter-Kinderfreunde Breslau.

Die Versorgung im Krankheitsfall durch die Krisenfürsorge.

Die Krisenfürsorge, auf Betreiben der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften Gesetz geworden, stellt in ihrer praktischen Auswirkung nicht nur eine Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung dar. Während vor Erlaß der Krisenfürsorge Erwerbslose, die 52 Wochen Unterstützung bezogen hatten, als ausgesteuert im günstigsten Falle der Wohlfahrtspflege überwiesen wurden, und somit nicht mehr einer Krankenkasse angehörten, muß nach dem Gesetz über die Krisenfürsorge, § 2, derjenige Erwerbslose, der in die Krisenfürsorge aufgenommen wurde, nach den für die Erwerbslosenfürsorge geltenden Bestimmungen, nämlich die §§ 20-26 der Verordnung vom 16. Februar 1924, wieder in einer Krankenkasse gegen Krankheit versichert werden.

Diese Neuregelung bedeutet schon im ethischen Sinne einen ganz erheblichen Fortschritt, wenn man bedenkt, daß der ausgesteuerte Erwerbslose, eben weil er keiner Krankenkasse mehr angehört, auch die freiwillige Mitgliedschaft aus eigenen Mitteln nicht aufrecht erhalten konnte, im Krankheitsfall den sogenannten Armenarzt in Anspruch nehmen mußte. In leistungsfähigen Gemeinden aber dort, wo starke bürgerliche Mehrheiten vorhanden

sind, erhielten ausgesteuerte Erwerbslose überhaupt keine Wohlfahrtsunterstützung oder nur lächerlich geringe Beträge.

Diesen unsozialen Zuständen ist durch die „Krisenfürsorge“ ein Ende gemacht worden. Die Versorgung für den Krankheitsfall regelt sich in der Krisenfürsorge wie folgt:

Die Gemeinde, die zur Auszahlung der Unterstützung zuständig ist, soll alle aus der Krisenfürsorge unterstützten Erwerbslosen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Bezirks- oder Landkrankenkasse gegen Krankheit versichern.

Die Anmeldung des Erwerbslosen hat innerhalb drei Wochen nach Beginn der Unterstützung zu geschehen. Die vollen Beiträge sind aus Mitteln der Fürsorge zu zahlen, dürfen also nicht von der Unterstützung in irgendwelcher Form abgezogen werden.

Die Mitgliedschaft in der Krankenkasse beginnt für den Unterstützungsempfänger von dem Tage an, von dem Unterstützung erstmalig gezahlt wird.

Will der durch die Krisenfürsorge unterstützte Erwerbslose Versicherung bei seiner früheren Krankenkasse beantragen, so ist dieser Antrag zugleich mit dem Antrag auf Übernahme in die Krisenfürsorge zu stellen.

Wird gleichzeitig die Versicherung zu einem höheren Grundlohn, dem gehabten Arbeitsverdienst entsprechend, verlangt, so muß der Erwerbslose die dadurch entstehenden Mehrkosten aus eigenen Mitteln übernehmen.

Als Grundlohn gilt der Beitrag, den der Erwerbslose als Unterstützung für seine Person erhält, wenn er nicht erkrankt ist. Daraus ergibt sich, daß der Grundlohn für die Beitragshöhe, sowohl für die Leistungen der Krankenkasse bezüglich des Krankenzustandes und Wochengeldes, maßgebend ist.

In der Regel wird das Krankengeld die halbe Hauptunterstützung ausmachen. Allerdings ist eine Erhöhung dann möglich, wenn die Satzung der Krankenkasse nach § 191 der Reichsversicherungsordnung, diese Regelung für alle Mitglieder vorsehen hat. Ist dies der Fall, so können auch die versicherten Erwerbslosen nicht von dieser Erhöhung ausgeschlossen werden.

Kommen die Voraussetzungen der Krisenfürsorge für den Unterstützungsempfänger in Fortfall, diese Voraussetzungen sind in den §§ 3, 6, 7 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 gegeben, so scheidet der Unterstützte auch aus der Krankenversicherung aus. Jedoch verbleiben dem Betroffenen die Ansprüche auf die Regelleistungen der Krankenkasse, wenn eine Krankheit also im Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Sterbegeld wird auch über den Zeitpunkt der drei Wochen hinaus gewährt, wenn die Krankenhilfe seitens der Krankenkasse bis zum Tode geleistet wurde.

Besonders zu beachten ist, daß neben Krankengeld, Wochengeld oder den Ersatzleistungen, die an die Stelle der erkrankten treten, der Erwerbslose für seine Person keine Erwerbslosenunterstützung erhalten darf. Die Familienzuschläge werden aber in voller Höhe weiter gezahlt und zwar solange, wie die Erwerbslosigkeit der hauptunterstützten Familienmitglieder anhält.

Ist ein aus der Krisenfürsorge unterstützter Erwerbsloser nicht von seiner Gemeinde gegen Krankheit versichert worden, so wird auch im Krankheitsfall die Hauptunterstützung in Höhe des durch die Unterlassung der Anmeldung zur Krankenkasse verursachten Ausfalles gewährt, soweit der Erwerbslose nicht dauernd arbeitsunfähig ist und im übrigen die Voraussetzung zur Gewährung der Unterstützung vorliegen.

Neben dieser Hauptunterstützung hat die Gemeinde dem Erwerbslosen die gleiche oder eine gleichartige Krankenpflege, Wochenhilfe, diese jedoch mit Ausschluß des Wochengeldes, oder Familienhilfe, aus eigenen Mitteln zu leisten. An Stelle des Wochengeldes ist der erwerbslose Mutter die Hauptunterstützung weiter zu gewähren. Dadurch wird eine Besserstellung erreicht als wenn eine Versicherung vorliegt und die halbe Hauptunterstützung als Wochengeld gezahlt wird.

Wird durch die Gemeinde keine ärztliche Hilfe zur Verfügung gestellt, so muß an den Erwerbslosen drei Viertel des ihm sonst zustehenden Krankengeldes als Ersatzleistung gegeben werden. In allen diesen Fällen müssen die Familienzuschläge weiter geleistet werden.

Kostenloser Rat und Auskunft, ebenso die Anfertigung von Gesuchen wird in allen Angelegenheiten der Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge an alle Erwerbslose, auch Frauen und Mädchen, allwöchentlich Montag bis Freitag, vormittags von 9 bis 11 Uhr, im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses durch die Erwerbslosenkommission der SPD, erteilt.

Der Erichsen-Abend

am Mittwoch, den 26. Januar, im Gewerkschaftshaus, wird, wie auch der letzte Erichsenabend im vorigen Jahre, festlich und interessant für jeden Besucher sein. Daß Erichsen mit seinen Vorträgen immer ein volles Haus hat, beweist uns immer wieder, daß er jeden Besucher in den Bann seines Vortrages

sehen kann und seine Experimente sind Mangelleistungen seiner Person. Unter Vorwortsabend wird das Thema: „Der persönliche Einfluss — Die Wege zum Erfolge“ behandelt. Der Vortrag wird von Interessante und Wertvolle, das Wissen aus seinem reichen Wissen und Können zu geben, welche Anzeichen zeigen. Er wird zeigen, wie man persönlichen Mangelleistungen überwinden und anwenden kann, aber Teilnahme im höchsten Leben sprechen, über beitragen, über neue Wege der Kinderziehung und anderes mehr. Der niedere Eintrittspreis von 20 Pf. gibt jedermann Gelegenheit, den Vortrag zu besuchen. Die Anzeigerstellen der Wirtinistoren sind wiederholt bekanntgegeben. Karten werden auch an der Abendkasse noch abgegeben.

Der Stahlhelm und die Bevölkerung.

Der Polizeipräsident teilt vom gestrigen Sonntag folgendes mit: „Der Stahlhelm beschuldigt heute einen Ausmarsch nach Reuthen und einen geschlossenen Einmarsch in die Stadt. Der Stahlhelm war bekannt geworden, daß vom R.F.V. aus Störungsversuche beabsichtigt sind an die einzelnen Abteilungen Anweisungen gegeben waren. Die Polizei hat dementsprechend die erforderlichen Vorkehrungen getroffen, so daß die nach allgemeiner Anordnung erfolgten Störungsversuche sich nicht weiter auswirken konnten. Trotz hartem polizeilichen Schutze wurden systematisch an verschiedenen Stellen Teilnehmer von gegen den Zug undragenden Personen geschlagen, beschimpft und bespuckt. Es sind im ganzen 19 Personen, darunter zwei Frauen, zur Verhütung weiterer, die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdender Ausstellungen vorläufig festgenommen worden, da es sich augenscheinlich um lang vorbereitete Landfriedensbruchsversuche handelte. Jüngere welche schwere Personverletzungen sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, nicht vorgekommen.“

Wir möchten hierzu bemerken, daß die Stahlhelm-Mordgejellen große Teile der Bevölkerung derart gegen sich haben, daß bei ihrem Erscheinen, besonders in Arbeiterquartieren, seit naturgemäß mit Störungen zu rechnen ist, auch ohne daß irgend eine andere Veranlassung daran schuld zu sein braucht. Solche Zustände müssen ersichtlicherweise bei dem völligen Versagen der Breslauer Justiz gegenüber den Mordbanditen einfallen. Es ist deshalb auch eine Freiheit von Stahlhelm, die Bevölkerung eines Arbeiterquartiers durch sein Erscheinen zu zeigen, was er in letzter Zeit mit einer gewissen Vorliebe zu tun scheint. Die Polizei hätte die „Sieger von Reuthen“ im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit von ihrem provozierenden „Einmarsch in die Stadt“ abhalten sollen.

Handwerk und Straßenbezeichnung.

Diese Breslauer Straßennamen halten die Erinnerung an alte Handwerkerzünfte wach, man denke nur an die Schmiedebude, die Kupfer- und Messer-, die Messer- und Weißgerbergasse. So manche Straße mit einer Handwerksbezeichnung ist heute schon verschwunden. So gab es zum Beispiel auch einmal eine Hutmacherstraße in Breslau, die auf dem Stadtplan von 1562 noch zu finden ist. Sie zog sich südlich von der Christophorikirche bis zur Hummerlei und reichte bis zur Weidenstraße. Hier oder Hutmacher lagen damals neben Kürschnern in der Gegend ziemlich zahlreich. Es erinnert auch an sie die Bezeichnung der am Ende der Altküperstraße über die Ohle führenden Brücke als Hutmacherstraße, die so lange üblich gewesen ist, als die Brücke existiert hat. Dagegen weisen die Hutmacherbauten, in älterer Zeit Lauben genannt, auf den Krieg. Im vorigen Jahrhundert fanden sie dicht an der Südwand des Rathauses, vom Schneidmischer Keller westwärts um die Ecke herum bis zur Rathausstraße.

In älterer Zeit müssen sie gegenüber der Ostseite des Ringes gestanden und dieser Seite den Namen Unter den Hutmachern gegeben haben. Für das Ende der Altküperstraße, auf der Nordseite nach der Katharinenstraße zu, gebraucht man einmalmal die Bezeichnung: „Unter den Barbieren“. Marggraf gibt der berechtigten Vermutung Ausdruck, daß dort von den damals wenigen Barbieren der Stadt, mehrere dort gewohnt haben müssen. Badergäßchen hieß das ehemalige enge Gäßchen zwischen den Häusern Ohlauer Straße 66 und 67 nach dem Graben hin, nach der einst daneben an der Ohle gelegenen Baderstube.

Die Baderstuben waren jüdische Einrichtungen, zu denen die der eigentlichen Stadt, deren Einnahmen schon 1313 im Stadtrechnungsbuch verzeichnet werden: je eine vor dem Schneidmischer, Neujährer-, Ober- und Ohlauerort (d. h. vor dem inneren Tor an der Ohle) kommen noch eine in der Neustadt und auf dem Sande. Dazu kam noch die alte herzogliche Baderstube an der Oder, gegenüber der Mathiasstraße. Badergäßchen hieß bis zum 30. August 1824 ein Abschnitt der Kupfer- und Messerstraße bis zum Neumarkt. Doch lagen die Verkaufsstellen der Bäcker, die sogenannten Brotbänke, auf dem Ringe in der Linie des Töpferstraßen.

Die Böttcherstraße hieß früher Kuttler-Gasse. Kuttler nannte man die Fleischer und der alte Schlachthof, der heute noch als Ruine am Ausgang der Böttcherstraße steht, hieß Kuttlerhof. Diese Bezeichnung galt auch in anderen Städten; es lassen sich vielerorts Kuttlergassen und Kuttlerstraßen nachweisen.

Kraftomnibusverbindung nach östlichen Vororten.

Von heute ab ist von der Endhaltestelle der Linie 5 in der Döner Straße im Zuge der Ohlauer Chaussee über Klein-Lichanisch und Groß-Lichanisch bis zum Brodau-Lichanischer Verbindungsweg eine Kraftomnibuslinie der städtischen Straßenbahn eingerichtet.

Die Wagen verkehren auf dieser Linie von morgens 6.15 Uhr ab Endhaltestelle der Linie 5 bzw. 6.30 Uhr ab Brodau-Lichanischer Verbindungsweg in Abständen von 30 Minuten bis abends 10.15 Uhr ab Endhaltestelle der Linie 5 bzw. 10.30 Uhr ab Brodau-Lichanischer Verbindungsweg.

Der Fahrpreis für diese Linie wird getrennt von dem Fahrpreis auf der Straßenbahn erhoben und beträgt: für die Teilstrecke Endhaltestelle der Straßenbahn bis Groß-Lichanisch oder umgekehrt 10 Pf.; für die ganze Strecke, d. h. von Endhaltestelle bis Brodau-Lichanischer Verbindungsweg oder umgekehrt 15 Pf.; für Kinder, Gepäc und Tiere beträgt der Fahrpreis 10 Pf. und berechtigt zur Benutzung der ganzen Strecke.

Haltestellen sind vorgegeben in Klein-Lichanisch an der Dorfstraße (Reitlingische Färberlei) und in Groß-Lichanisch (Anfang des Dorfes.) Straßenbahn-Zeitkarten berechtigen zur freien Fahrt auf dieser Kraftomnibuslinie nicht.

Werden entlassene Betriebsratsmitglieder bei Wiederaufnahme eines Betriebes bevorzugt?

Diese Frage wurde jüngst vom Gewerbegericht in einer Entscheidung gegen die Ostdeutsche Eierfabrik- und Kuchelfabrik verneint.

Die Firma hatte im Herbst vorigen Jahres den Antrag auf Stilllegung des Betriebes gestellt; diesem Antrag wurde von der Regierung stattgegeben und der Betrieb im Oktober stillgelegt. Die Belegschaft wurde entlassen. Über nach zehn Tagen wurde der Betrieb wieder aufgenommen, allerdings mit stark vermindertem Personal. Die Betriebsratsmitglieder aber wurden nicht wieder eingestellt. Es wurde in dem Vorgehen der Firma daher nur das Bestreben erblickt, den künftigen Betriebsrat los zu werden. Nach Ansicht des Wertewerks der Kläger, Genossen Basse, lag hier nur eine heimliche Betriebsstilllegung vor. Der Betriebsdirektor hatte seinerzeit selbst gesagt, daß die Firma gar nicht daran denke, den Betrieb stillzulegen. Sie hätte nur den Antrag gestellt, um den Entlassenen den Bezug der Erwerbslosenunterstützung zu ermöglichen, die sie bei Betriebsunterbrechung nicht bekämen.

Die Beklagte bemerkt, daß sie im Oktober das gesamte Produktionspersonal entlassen, nur einige Handwerker weiter beschäftigt habe. Es sei ein großes Lager an Feigwaren vorhanden gewesen, die erst abgesetzt werden mußten. Jetzt liegen nur Bestellungen auf Radennübeln vor, und diese werden zum Teil von den Handwerkern hergestellt. Die Kläger wären für die jetzt vorliegende Arbeit nicht zu verwenden. Zwei Zeuginnen sagten aber aus, daß die Klägerinnen auch diese verrichten könnten, während eine dritte Zeugin sehr unklar in ihren Aussagen ist. Daß in der ersten Zeit nach der Wiederaufnahme Arbeiterstunden gemacht wurden, wird angegeben. Ueber die Höhe der Produktion konnte kein klares Bild erzielt werden. Genosse Basse machte auf die Widersprüche aufmerksam, die in den diesbezüglichen Angaben des Gewerbeinspektors und der Beklagten liegen.

Ganz besonders verdient erwähnt zu werden, daß bei der Beklagten jetzt überhaupt kein Betriebsrat vorhanden ist.

Das Gericht kam zur Abweisung der Klage mit folgender Begründung: Der Klageantrag spricht von Scheinstilllegung; eine solche käme nur in Frage, wenn nachgewiesen würde, daß die Stilllegung nur kurze Zeit gedauert hat; hier aber ist der Betrieb noch nicht in größerem Umfange wieder aufgenommen worden. Es liegt hier echte Stilllegung vor, weil sich deren Dauer noch nicht übersehen läßt. Die Zahl der jetzt und vor der Stilllegung beschäftigten Arbeiter beweist auch, daß ein starker Rückgang vorliegt.

(Genosse Basse hatte darauf hingewiesen, daß die Beklagte ja auch früher nicht immer so viel Personal beschäftigt habe, sondern im August wurden mehr Arbeiter zur Herstellung eines großen Warenlagers eingestellt.)

Daß es sich hier um Betriebsratsmitglieder handle, sei von minderer Bedeutung. Denn auch Betriebsratsglieder haben nicht den Anspruch auf Bevorzugung, nachdem die Entlassung einmal zu Recht erfolgt ist.

* Eine Straßenbahnwarte wird am israelitischen Friedhof in Cosel aufgestellt werden. Nach einem Abkommen zwischen dem Magistrat und der Synagogengemeinde errichtet und unterhält der Magistrat die Halle und die Synagogengemeinde zahlt zur Errichtung einen Kostenbeitrag von 720 Mark.

* Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Am Mittwoch, den 26. Januar, findet in den Zentral-Balkonen um 8 Uhr ein Vortrag der bekannten Rednerin Wilka Krüsch über „Die Erziehung der Jugend zur Gesundheit“ statt. Die Vortragende versteht es, in gemeinverständlich Weise auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten hinzuweisen und insbesondere den Mütter Ratsschläge für die Aufklärung und Erziehung der Jugend zu geben.

* Schiefliches Museum der bildenden Künste. Einem vieljährigen Wunsch entsprechend, ist nunmehr der eintrittsfreie Tag von Mittwoch auf Sonntag verlegt worden.

* Vortrag über Tuberkulose. Im Rahmen der vom Auswahlgremium der Volkshochschule veranstalteten Vortragsreihe im städtischen Jugendheim. Am Dienstag, den 25. Januar, abends 7½ Uhr, Dr. Reißer über: „Tuberkulose“.

* Die Breslauer Bevölkerungszahl stieg im Dezember von 563.300 auf 563.656. Geboren wurden 814, gestorben sind 725 Personen. Die Zahl der zugezogenen Personen belief sich auf 3228, die der fortgezogenen auf 3001.

* Breslauer Volkstheater. Alle Mitglieder der Volkstheater erhalten zu den letzten Aufführungen von „Dionysos“ und „Kammerjäger“ im Volks-Theater und zu den Vorstellungen von Frau Warrens Gewerbe“ im Thalia-Theater in der Geschäftsstelle, Altküperstraße 32, Goslarstr. zum üblichen Einheitspreise von 1.50 Mark.

* Sitzung, Gewerbe-, Kaufmannsgerichts- und Schlichtungs-ausschüsse. Dienstag, den 25. Januar, abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses eine Sitzung statt. Tagesordnung: Vortrag von Paul Rogoll über „Die Bedeutung der Schwerbeschäftigten bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten“. Aussprache und Beschluß. Bei der Wichtigkeit des Themas wird das pünktliche Erscheinen aller ermartet.

* Ball der Presse. Der Vorverkauf für den am 29. Januar stattfindenden Ball der Presse hat in den Musikalienhandlungen Heinicke und Hoppe, bei Barack und in den Expeditionen der hiesigen Tageszeitungen begonnen. Bestellungen auf Reservierung von Tischplätzen werden in der Breslauer Zeitung und Presse von 3 Mark pro Platz einschließlich Steuer entgegengenommen. Da die Nachfrage nach Karten schon jetzt sehr rege ist, empfiehlt es sich, den Vorverkauf in Anspruch zu nehmen. Aus dem Programm des Abends sei mitgeteilt, daß die circa 45 Mann starke Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Marschall vom Schauspielhaus im großen Saale um 8 Uhr mit einem Promenadenkonzert den musikalischen Teil einleitet. Sie wird der Festmarsch aus der Oper „Die Königin von Saba“ von Gounod, die Ouvertüre zur Oper „Oberon“ von Weber, die zweite Suite aus „L'Arlesienne“ und den Rosenkavalierwalzer von Strauß spielen. Es folgen dann zwei Lieder der Kammerjägerin Cläre Bohn von der Dresdner und Wiener Staatsoper. Der bekannte Pianist Konrad Runze wird einen Satz aus dem A-dur-Klavierkonzert von Liszt und der Fötenvirtuose Ernst Thirmer vom schieflichen Landesorchester Krüschall bringen. Beide werden vom Orchester begleitet. Cläre Bohn wird alsdann zwei weitere Gesänge zum Vortrag bringen. Mit der Orpheus-Ouvertüre findet der Konzertteil im großen Saale seinen Abschluß. Gegen 12 Uhr folgt im Sternsaal der Labarettische Teil, der von beliebigen Mitgliedern der hiesigen Bühnen bestritten wird.

* Die Feuerweh wurde am 22. Januar nachts gegen 1¼ Uhr nach Schühbrücke 81 alarmiert; es hatte dort ein auf dem Gaslocher stehender Topf mit Inhalt gebrannt. Nachmittags kurz vor 7 Uhr erfolgte ein Alarm zu einem Schornsteinbrande im Elisabethinen-Kloster, Gräbiger Straße. Am 23. Januar, vormittags gegen 10 Uhr, brannte in dem Lagerkeller einer Südbrauhandlung Messergasse 16 Röhren und Packmaterial. Das Feuer wurde mit der Eimerpritze gelöscht. Mittags gegen 12 Uhr mußte die Feuerweh Frankfurter Straße 93, ein im Stalle gefallenes Pferd wieder aufrichten.

* Der zweite Magdeburger Landesausschuß in Breslau festgenommen! Den Bemühungen der hiesigen Kriminalpolizei ist

es gelungen, den von der Staatsanwaltschaft geschickten Bankbesuchenden Johannes Weinhart festzunehmen. Er ist mit einer Autodroste vor ein hiesiges Weinstock vorgetrieben. Zur Unkenntlichmachung hatte er sich eine graue Brille aufgesetzt. Er wird sich in Breslau erst seit einigen aufgehalten haben und hatte mehrere möblierte Zimmer mietet, die er für den halben Monat im voraus bezahlte. Er hat sich jedoch nur zwei oder drei Tage aufhielt. Nach dem Ausweis des M. erreichten die Verurteilungen allein durch den Kauf von Effekten eine Höhe von etwa 140.000 Mark. Er hat bei der Reichsbank in Magdeburg 27.000 Mark abgehoben, sich diese Summe geleist. Am 28. Dezember 1926 verließ Magdeburg und fuhr nach Berlin, wo er sich dann von dem abgehobenen Gelde noch ein Restbetrag von 1123 Mark bei M. vorgezogen. Das übrige Geld wird er braucht haben. Die durch den Verkauf der Effekten in der von Anfang Oktober bis Ende Dezember 1926 erzielten Beträge will M. mit seinem Mittäter durch hohe Kennen verloren haben. Sein Mittäter, der Bankbeamte Rudolf H. aus Magdeburg, ist vor einigen Tagen bereits in Berlin genommen worden.

* Zum Geldstrafenbruch in das Verwaltungsgesamte Siedlungsgeellschaft Siedlungsgeellschaft wird nochmals darauf gewiesen, daß die geschädigte Siedlungsgeellschaft sowie auch in Betracht kommende Versicherungsgeellschaft für die Erlangung und Ergriffung der Täter eine Beschlagnahme von je 100 hundert Reichsmark ausgelegt hat. Sollten mehrere Personen für die Beschlagnahme in Betracht kommen, so findet Verteilung derselben unter Ausschluß des Rechtsweges. Unter besonderem Hinweis auf die Höhe der ausgelegten Beschlagnahme wird gebeten, zweidienliche Nachrichten, die vertraulich behandelt werden, an die Kriminalpolizei, Urulstraße, Zimmer 68 oder 61, umgeheud gelangen zu lassen.

Stadt-Theater.

„Die Meisterfuger von Nürnberg.“

Spektakel.

Wieder zwei Gäste auf Anstellung: ein jugendlich brama Sopran und ein Heldenbariton. Margarethe Bruhn vom Theater in Lübeck sang das Erchen im ersten Akt und auch in der Situationsang mit so großer Zurückhaltung, daß man sich von ihrer himmlischen Befähigung keinen Eindruck machen kann, sondern auf die Feststellung angewiesen war, daß sie sehr vorzügliche, jugendliche Erscheinung mit der verlebten Schamstochter in guten Einklang brachte und sich einer deutlichen Textausprache und eines sinngemäßen Vortrags bediente. dritten Akt erst wuchs die Stimme zu ihrer eigentlichen Klang in allen Registern angenehm und zeigte, dann Wandlungsfähigkeit. Wenn die anfängliche Zurückhaltung Befangenheit zurückzuführen ist, die sich bei engerem Einbruch unterem Emblem geben wird, möchten wir für ihr Engagament eintreten. — Ungünstiger war der Eindruck, den Paul Stie vom Hamburger Stadttheater als Hans Sachs machte. Sein der Mittellage sehr schön gefärbtes Organ hat eine fast zu hohe und gar keine Tiefe. Das ist schon ein Mangel, der Verwendung im Heldenbaritonischen Fach bei uns ausschließt. Herr Stieger aber ein durchaus musikalischer Künstler ist, er auch so einen wirksamen Schlußpoeten zustande bringen für Aber auch der schauspielerischen Seite der Partie blieb er fast schuldig und gab nur einen sehr häßlichen, einseitig eingezeichneten Charakter.

Filmschau.

Gebirgs- und Jagdspektakel. Abenteuer eines Jägers. Dieser in Breslau schon gezeigte Film wurde aufs neue die Zuschauer. Man läßt sich gern wieder durch die Hand zu Hand flatternden Schein zu den Lebensschicksalen schnell wechselnden Besizer führen. Viel zu lachend gibt es einen Trickfilm der Fug-A.G., in dem ein findiger Kopf Hund von alten Automotoren an den Mann bringt. Ein belehrender Film, der uns das Leben eines Besizers zeigt, läuft noch

Promenaden-Theater. Maciste unter den Löwen. Eine Aufführung für Schlofen, die mit Spannung erwartete. Der Film ging Erfolg und Ruf voraus. Mit 7. Der Film ist in seiner einzigartigen Großzügigkeit Erle. Er gibt uns einen vollen Blick hinter die Kulissen eines Zirkus. Er zeigt uns, wie der Löwenjäger Maciste in unter großen Gefahren den Zirkus mit wilden Tieren verliert. Wie dann diese Bestien gezähmt und dem Publikum vorgeführt werden. Ein kleines Halbblutmädchen, das Maciste mitgebracht ist, ohne es zu wollen, der Unfall zu allerhand vadeuten. Ein spannernd Augenblick, wie z. B. Maciste um die Mädchen willen den Affen des Zirkus in schmerzlicher Niederringt, der dann aus Rache einer noch ungezähmten Löwe den Weg zur Freiheit öffnet. In einer aufregenden, gewaltigen Szene wird die Panik gezeigt, die das in die vollbesetzte Vorstellung eingebrachte Tier verursacht hat. Menschen fliehen und zittern erschrocken ihre schwächeren Menschenbrüder. Einen heldenhaften Kampf sieht Maciste gegen die Bestie, die unter einem Netz gefangen liegt. In die Handlung verflochten ist das gemeine Handeln eines Betrügerspaars, einer Kletterin und des leitenden Direktors, das im letzten Augenblick aufgehoben gemacht werden kann. Alles in allem: ein Film bestechend guten Aufnahmen, die den Trick geschickt hinter die Wirklichkeit verbergen. — Einen vollen Heiterkeitserfolg hat sich: Er als Feuerwehmann und Jimmy im Kaukasus.

Gegen das Einsinken der Gräber!

Nur die seit Jahren hervorragend bewährten, patentierten

Erddrucksicheren Särgen

der Firma

H. OHAGEN

tragen, zum Schutze gegen

minderwertige Nachahmungen,

nebenstehende Schutz-Mark.



Parteigenossen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht

Vor dem Besuch von Gesellschaften, Theater, Bällen usw. versäumen Sie nicht Ihre Zähne mit der herrlich erfrischenden Chlorodont-Zahnpaste zu putzen.

Chlorodont

Kleine Tube Mark — 60, große Tube Mark 1.—

Die Chlorodont-Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, entfernt häßlich gefärbten Zahnelag, beseitigt unangenehmen Mundgeruch.

Gewerkschaften und Bürgerblock.

Statt der berühmten Silberstreifen der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie steht nunmehr die unheilvolle Welle des Besitzbürgerblocks am Horizont. Statt Silberstreifen Wetterleuchten des Klassenkampfes! Nicht sofort wird die Frage der fatten Herzlosigkeit sich in ihrer ganzen Schändlichkeit zeigen. Zunächst wird der Bürgerblock eine arbeiterfreundliche Fassade aufgesetzt bekommen. An sozialpolitischen Nebenpartien wird es nicht fehlen; denn die Sozialpolitik wird nun einmal im Laufe des Jahres 1927 im Mittelpunkt der Reichstagsarbeit stehen. Arbeitslosenversicherung, Arbeitschutzgesetz, Arbeitszeitregelung, Mietenfrage — eine ganze Fülle einschieriger Probleme steht zur Entscheidung, deren Bedeutung für die Arbeiterschaft nicht erst noch betont zu werden braucht.

Das Zentrum, das auf die christlichen Arbeiter Rücksicht nehmen muß, hat nicht umsonst seinem Manifest noch ein besonderes sozialpolitisches Programm hinzugefügt. Bescheidend ist, daß dieses sozialpolitische Programm in wichtigen Punkten sehr wenig klar und bestimmt gehalten ist. Warum hat man nicht den wichtigeren Teil der erst vor einigen Tagen vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgestellten und als besonders dringlich bezeichneten Forderungen in das sozialpolitische Programm des Manifestes übernommen? Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind klar und konkret; das sozialpolitische Programm des Zentrums dagegen ist zwar sehr wortreich, aber dort, wo es darauf ankommt, deutlich zu sprechen, auffallend schweigsam. Es redet z. B. nur davon, daß vor allem die Arbeitszeit in Einklang mit den internationalen Vereinbarungen geregelt werden müsse. Im Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes dagegen wird klar gefordert: schnelle Durchführung der Zwischenlösung in

der Arbeitszeitfrage. Durchführung des Achtstundentags, Durchführung der vollen Sonntagsruhe in Handel und Gewerbe. Das Manifest soll, wie die „Germania“ erklärte, als „neuer, erlösender Wagner“ wirken — auf sozialpolitischem Gebiet ist von Anziehungskraft leider nicht viel zu spüren.

Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vor allem seine wichtigsten Forderungen, in denen er zum großen Teil mit den übrigen Gewerkschaften gemein ist, sind markiert, werden bei einer Regierung des Bürgerblocks unter den Tisch fallen. Man braucht sich nur jeden einzelnen Punkt des Arbeiterprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes anschauen und man weiß sofort, was den christlichen Arbeitern innerhalb des Bürgerblocks hilft. Im Bürgerblock werden sie verraten und verkauft, fünftes Rad am Wagen sein — nur das Feigenblatt für schmutzige Ausbeuterei.

Die stachelhafte Ausdrucksweise des sozialpolitischen Programms des Zentrumsmanifestes erleichtert den Schrittmachern des Bürgerblocks die Arbeit. Für die politischen Hochstapler auf der Rechten wird es ein leichtes sein, aus dem Manifest ein besonderes „Arbeitsprogramm“ für den Bürgerblock herauszuschälen. Unverbindliche sozialpolitische Redewendungen werden bedenkenlos in Kauf genommen werden. Das Zentrum mag sich hundertmal als „die Partei der Sozialreform“ rühmen — im Wind und Wetter des politischen Tageskampfes wird die sozialpolitische Fassade des Bürgerblocks in kurzer Zeit in Nichts zerfliegen und der Zwang zur Besetzung zur Niederknüpfung der Beschlüsse zum Vorschein kommen. Dem Bürgerblock ist Sozialpolitik, Sozialreform nur Creuel und Abscheu. Er will, daß die Wirtschaft in Ruhe gelassen wird. Die Satten wollen Ruhe. Ihre Bürgerblockparole lautet: Ich liege und besterle, laßt mich schlafen!

Wirtschaft.

Die Kontrolle der Reichsbahn durch das Reich.

In Erledigung einer Reichstagsentscheidung hat der Reichsfinanzminister dem Reichstag eine Denkschrift über die Rechnungsabgrenzung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorgelegt. Maßgebend für eine solche Prüfung ist § 30 des Reichsbahngesetzes, wonach die Reichsregierung das Recht hat, jederzeit die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft nachprüfen zu lassen. Nach einem geschichtlichen Rückblick über das Zustandekommen dieses Paragraphen macht die Denkschrift ausführliche Angaben über die Erfordernisse einer ausreichenden Prüfung und über die rechtlichen Grundlagen einer solchen Prüfung. Sie stellt fest, daß die Meinungen darüber, inwiefern auf eine derartige Prüfung ein Rechtsanspruch des Reiches besteht, zwischen Rechnungshof und Reichsbahngesellschaft auseinandergehen. Die Reichsbahngesellschaft habe in den Verhandlungen, peinlichst an den Buchstaben des Gesetzes haftend, der Gesetzesbestimmung die engste und dem Reich ungünstigste Auslegung gegeben. Eine ausdehnende Auslegung habe die Reichsbahngesellschaft als mit dem Gesetz in Widerspruch stehend und zu außerpolitischen Schwierigkeiten führend bezeichnet.

Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß zwar der Wortlaut des § 30 des Reichsbahngesetzes der klaren Fassung entbehre, daß aber die Auslegung des Rechnungshofes gegenüber dieser Fassung rechtlich durchaus vertretbar sei. Die Reichsbahngesellschaft wäre sehr wohl in der Lage gewesen, den deutschen Belangen und den Wünschen der Reichsregierung und Volkvertretung entsprechenden Aufstellungen Rechnung zu tragen und dem Reich die es notwendig geübte Einblick in alle, sein Eigentum betreffenden Verhältnisse zu gewähren. Befürchtungen über einen zu erwartenden Widerspruch der Reparationskommission konnten sachlich keinen genügenden Grund finden. Eine Kontrolle im Sinne der Denkschrift werde vielmehr gerade der Sicherung der Reparationsfähigkeit dienen können.

Schon wieder eine Landbündeleite.

Die Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft „Kornhaus G. m. b. H. Hanau“ hat in ihrer am 22. Dezember 1926 stattfindenden Generalversammlung die geschäftliche Bereinigung mit dem Reiseunternehmen „Hessland“ in Kassel beschlossen. Gleichzeitig wurde die Abgrenzung des bisherigen 1. Geschäftsjahres Ehlmann durch den Vorstand gutgeheißen. Von einer Sanierungsaktion durch Zusammenlegung der Geschäftsanteile wurde zunächst abgesehen, jedoch beschlossen, die zahlreich, noch nicht einbezahlten Geschäftsanteile beizutreiben und auch die ausgeschiedenen Mitglieder, eventuell durch gerichtliches Vorgehen, zur nachträglichen Einzahlung der Geschäftsanteile zu veranlassen. Weiter wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß der Geschäftsbetrieb bedeutend eingeschränkt, der Verwaltungsapparat abgebaut, und das bisherige große Verwaltungsgebäude aufgegeben werden soll.

Welches sind nun die Ursachen dieser geschäftlichen Transaktion des unter Führung des deutchnationalen Reichstagsabgeordneten Lind von Niederriffingheim stehenden Landbündelunternehmens? Teilweisen Aufschluß gibt die in der betr. Generalversammlung gemachte Mitteilung, daß das Unternehmen das Geschäftsjahr 1926 mit einem Fehlbetrag von 119 000 Mark abschließt. Aus einer Zusage des Vorstandes an unser Hanauer Parteiblatt, das mit diesen Vorgängen beschäftigt war, ist ferner zu entnehmen, daß auch aus dem Jahre 1925 noch ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 31 000 Mark vorhanden ist. Desgleichen ist aus der vor kurzem veröffentlichten Jahresbilanz für 1926 noch zu ersehen, daß für nicht beizutreibende Forderungen ein weiterer Betrag von 20 000 Mark eingesetzt ist. Dieser Betrag dürfte aber höchstwahrscheinlich viel zu niedrig bemessen sein, wenn man bedenkt, daß bei einem Gesamtsaldo von 966 000 Mark, auf der Aktivseite allein das Debitorenkonto mit 547 000 Mark eingestellt ist und auf der Passivseite ein Wechselkonto mit 462 000 Mark figurieren. Genaue Kenner der Verhältnisse behaupten ferner, daß die Anzahl sonstiger Aktivposten ebenfalls von höchst zweifelhaftem Wert sind.

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen weist unser Hanauer Parteiorgan seit Monaten auf das in Landwirtschaftlichen Kreisen weit verbreitete Gerücht hin, daß schon im Vorjahre die Verhältnisse reif gewesen wären zu durchgreifenden Sanierungsmaßnahmen. Nur dadurch, daß die von der Preussischen Regierung zur Verfügung der Landwirtschaft gestellten Notkreditlinien für die Beschaffung von Saatgut anlässlich der Misere von 1924 in unzulässiger Weise zur Deckung des geschäftlichen Defizits ausgenutzt wurden, war es möglich, den Zusammenbruch um ein Jahr hinauszuschieben. Man rechnete eben 1925 noch stark damit, daß die Kredite niedergeschlagen würden, und so hoffte man um die Krise heranzukommen.

Auf die wiederholten öffentlichen Anfragen, wo die erheblichen Differenzbeträge hingekommen sind, wartet unser Hanauer Parteiorgan seit Monaten vergeblich auf Antwort. Auch die Regierung in Kassel, die von den Angriffen in Kenntnis gesetzt wurde, hüllt sich in Schweigen.

Rechnet man zusammen: die Fehlbeträge von 1925 und 1926, die uneinbringlichen Forderungen der Jahresbilanz 1926, die zum Teil recht zweifelhaften Aktivposten derselben Bilanz und die „Gewinne“ aus dem Saatgutgeschäft, so ist die Bezeichnung des Geschäftsgebahrens dieses Landbündelunternehmens als Mißwirtschaft gewiß nicht übertrieben.

Die Entwicklung des Ruhrbergbaus

während des Jahres 1926 geht aus folgender Zahlenzusammenstellung hervor:

	1926	1925	1919	1913
		(in 1000 Tonnen)		
Gesamtkohlenförderung	112 107	104 085	70 946	114 550
Arbeitsmäßige Förderung	370,4	344,1	235,7	378,9
Gesamtkohlerzeugung	22 186	22 598	17 226	24 957
Arbeitsmäßige Erzeugung	60,7	61,9	47,1	68,2
Gesamtkohlerzeugung	3 780	3 544	2 799	4 954
Arbeitsmäßige Herstellung	12,4	11,7	9,3	16,8
Zahl der beschäftigten Arbeiter im Jahresdurchschnitt	385 153	432 691	432 083	426 039

Die Entwicklung zeigt deutlich die Einwirkungen der Englandkohlenkonjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres 1926.

Deutsche Automobilausfuhr 1926.

Eine Uebersicht über die Ausfuhr deutscher Automobile im Jahre 1926 beweist, daß die deutsche Automobilindustrie fast völlig von den Hauptmärkten abgetrennt ist. Als Aufnahmestellen für deutsche Personenkraftwagen steht Britisch-Südafrika an erster Stelle. Ihm folgen Desterreich mit rund 92 Wagen und dann Dänemark mit 67 und Holland mit ebenfalls 67 Wagen. Die Aufnahme von Kraftwagen kommt besonders Rußland (mit 258 Wagen von 696) in Frage. Nach Spanien wurden 22 nach Dänzig 20 und nach Ungarn 19 Wagen ausgeführt. Der Marktwert ist immerhin die zunehmende Bedeutung Perfekt als Absatzmarkt für deutsche Kraftwagen. Dorthin gingen in den ersten zehn Monaten des Jahres 1926 17 Last- und 15 Personenkraftwagen. Für Motorräder nimmt die Tschechoslowakei mit 574 Stück die erste Stelle ein. An zweiter Stelle steht Desterreich mit 595 und Ungarn mit 159 Stück.

Die Zahl der Kurzarbeiter

Ist nach den neuen Feststellungen der berichtenden Verbände in der Zeit vom 30. November bis 31. Dezember zurückgegangen und zwar von 8,1 Prozent auf 7,1 Prozent, bezogen auf die Mittelschicht der berichtenden Verbände, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitslosen von 14,2 auf 16,7 Prozent gestiegen ist.

Der Anteil der kleineren und mittleren Verkürzungen an der Gesamtverkürzung ist leicht zurückgegangen. Von je 100 Kurzarbeitern arbeiteten verkürzt 1—8 Stunden Ende November 37,9 Prozent, Ende Dezember 36,6 Prozent, 9—16 Stunden Ende November 32,8 Prozent, Ende Dezember 23,3 Prozent und 17 und mehr Stunden Ende November 8,3 Prozent, Ende Dezember 9,5 Prozent. Die nur gering verkürzt arbeitenden Arbeitskräfte werden zu Vollarbeitern, während zu gleicher Zeit weitere Entlassungen erfolgen.

Die Abbaupolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft

erfuhr in einer Sitzung des Badischen Landtages eine scharfe Beurteilung. Die drohende weitere Entlassung von einigen hundert Arbeitern der Karlsruher Eisenbahn-Werkstätten veranlaßte die Sozialdemokratische Landtagsfraktion, eine Interpellation einzubringen, in der die Regierung gefragt wurde, was sie zu tun gedente, um die weitere wirtschaftliche Schädigung badischer Staatsbürger zu verhindern. Der Staatspräsident Dr. Köhler teilte mit, daß die badische Regierung bereits Einspruch gegen die geplanten Maßnahmen der Reichsbahngesellschaft erhoben habe. Die Reichsbahn habe mit der Uebernahme der Länderbahnen auch moralische Pflichten übernommen. Es gehe nicht an, die abgebauten Leute einfach der sozialen Fürsorge der Länder und Gemeinden zu überlassen. Leider hätten die Länder nicht die Möglichkeit, mit Rechtsmitteln gegen das Vorgehen der Reichsbahnverwaltung einzuschreiten. — In der Aussprache wurde von sämtlichen Fraktionen das Verhalten der Deutschen Reichsbahngesellschaft scharf verurteilt und an der Personalpolitik der Gesellschaft scharfe Kritik geübt.

Ein Antrag, in dem die Regierung ersucht wird, mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung gegen den weiteren Abbau von badischen Eisenbahnbedarfen vorzugehen, wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Zusatzantrag, der die Uebernahme der verlorengegangenen Pensionsrechte des Eisenbahnpersonals auf das Reich und die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden verlangt.

Kommunistische Meisterleistung.

Ein geradezu unglaubliches Stückchen haben sich die Kommunisten dieser Tage im Preussischen Landtag geleistet. Im Ausschuß für Handel und Gewerbe wurde ein sozialdemokratischer Antrag behandelt, der dafür eintritt, daß im Reich sobald als möglich ein Gesetzentwurf zur Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern in paritätische Kammern vorgelegt wird. Der Antrag wurde abgelehnt und zwar lediglich deswegen, weil die drei kommunistischen Vertreter im Ausschuß den Rat besaßen, nicht für den Antrag zu stimmen.

Die paritätische Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern ist eine alte Forderung sämtlicher Gewerkschaften; die Gutachten der Kammern spielen bekanntlich bei den Entscheidungen der Landesregierungen sehr oft eine wichtige Rolle. Trotzdem bringen es kommunistische Arbeitervertreter fertig, die Herrschaft der reaktionären Elemente in den Berufskammern zu verewigen.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin

zeigt gegenüber der Vorwoche nur einen verhältnismäßig geringen Zugang von rund 1300 Personen. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden stieg gegen die Vorwoche von 283 310 auf 284 612. Erwerbslosenunterstützung bezogen insgesamt 186 309 (186 910) Personen, außerdem wurden noch 35 744 Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadt Berlin und 17 600 Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Der etwas verringerte Zugang an Arbeitslosen erklärt sich durch vermehrte Einstellungen weiblicher Kräfte im Konfektions- und Gastwirts-gewerbe; die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden hat eine Senkung um etwa 1500 Personen erfahren. Dazu kommt etwas erhöhte Beschäftigung von Notstandsarbeitern: 7012 gegen 6471 in der Vorwoche; bei den in Ausführung begriffenen Bauvorhaben der Stadtgemeinde Berlin sind gegenwärtig 15 290 Personen beschäftigt.

Gewinne in der Konfektion!

Der Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verein wird uns geschrieben:

Die Aktiengesellschaft für Bekleidung und Bekleidung in Breslau, Gattichstraße, vereinigte seit längerer Zeit die beiden Eigenschaften, Fabrikant und Zwischenmeister, unter einem Dach.

Achtung, Betriebsräte!

Dienstag, den 25. Januar, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses der **8. Schulungsabend für Betriebsräte** statt.

Kollege Klar vom Verband der Buchbinder spricht über „Staatliche oder private Wohlfahrt“.

Teilnahmeberechtigt sind nur Betriebsräte mit brauner Eintrittskarte, die von den Gewerkschaften bezogen werden kann.

Wie ist das möglich, wird sich mancher fragen? Die Erklärung ist folgende:

In Breslau ist die Heimarbeit und besonders das Zwischenmeisterwesen stark verbreitet. Viele Firmen haben nicht einen einzigen Werkstattarbeiter. Auch die A.M.B. gibt an viele Zwischenmeister ihre Kleideranfertigung aus. Die Zwischenmeister haben mit ihren Hilfskräften (Büglern und Näherinnen) einen getrennten Lohnvertrag abgeschlossen, der in Anlehnung an den Reichstarif der Herrenkonfektion (für Werkstattarbeiter wie Heimarbeiterrinnen) die Lohnfrage regelt, allerdings zu etwas niedrigeren Sätzen, da der Zwischenmeister für Steuern, Sozial-lasten und sonstiges zahlen muß. Nun glaubt die A.M.B., daraus auch für sich die Erlaubnis nehmen zu können, neben den Zwischenmeistern auch Heimarbeiterrinnen zu beschäftigen, die nur Näharbeiten verrichten, während die Firma die Bügelarbeiten im Werkstattbetrieb am fertigen Stück bei Hosen und Westen vornehmen läßt. Die Bezahlung erfolgt für diese Heimarbeiterrinnen aber nicht nach dem 4. Lohnabkommen, sondern auf Grund des Breslauer Zwischenmeistervertrages; dadurch ergeben sich bei Hosen und Westen Lohnunterschiede von 40 und mehr Pfennigen pro Stück.

Trotz unserer Vorhaltungen und Beschwerden beim Arbeitgeberverband wurde dieser Zustand nicht beseitigt. Wir griffen darum eine benachteiligte Näherin heraus, und beantragten durch Klage am Gewerbegericht Entscheidung darüber, daß

1. allgemeinerbindliche Tarifverträge unabhängig sind und der Reichsarbeitsvertrag für Herren- und Knabenkonfektion in seinen Lohnbestimmungen demnach Gültigkeit hat;
2. die §§ 3 und 6 bez. Vertragsverhandlungen und Löhne auch in Breslau von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes zu beachten sind.

Die Klage wurde belächelt in diesem Falle für zehn Hosen auf 4,60 Mark. Der Konfektionär, Herr Hoffmann, als Vertreter der Firma, führt vor dem Gewerbegericht aus:

„In einer Besprechung vor Jahren wurde uns die Genehmigung zu dieser Doppelstellung erteilt. Wir haben zeitweise 150 bis 180 Heimarbeiterrinnen auf Hosen und Westen beschäftigt und mehr wie 100 000 Pfennig unwiderprochen fertiggestellt. Wenn wir nun von diesem Gewohnheitsrecht abgebrängt werden, bei dem wir im guten Glauben gehandelt haben, werden wir diese Arbeiterinnen entlassen und dazu auch die Werkstattmitglieder.“

Durch unseren Vertreter wurde ihm entgegen, daß Unterlagen zur Beweisführung der belagten Besprechung nicht vorliegen und im übrigen durch den Reichsarbeitsvertrag für Herrenkonfektion und seine Verbindlichkeitsklärung Kollektivrecht an Stelle einer Einzelvereinbarung getreten ist. Die Entlassung der Heimarbeiterrinnen und Werkstattarbeiter ist nicht notwendig, da eine Abigung über den Abzug der Bügelentlohnung am Orte formuliert und durch die Zentralen beider Organisations-einrichtungen festgelegt werden kann. Dadurch erhalten beide Teile auf Grund des Lohnvertrages die zuzehende Lohnsumme, und niemand ist benachteiligt. Jedenfalls geht es nicht, daß ein jahrelanges Unrecht weiter besteht; der Tarifvertrag muß erfüllt werden.

Das Gewerbegericht verurteilte die belagte Firma zur Zahlung der 4,60 Mark, indem es die Abigung des Tarifvertrages als unzulässig erklärte und der Firma empfahl, den Vertragsverpflichtungen nachzukommen.

Die ungeheure Benachteiligung der beschäftigten Heimarbeiterrinnen war nur möglich, weil diese Frauen den Weg zur Organisation nicht fanden. Eine systematische Aufklärung der Heimarbeiterrinnen ist erforderlich, um den Frauen den Wert ihres Rechtes aufzuzeigen. Darum sind alle als Mitglieder dem Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verein, Gültel Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 66, anzuschreiben, damit die un-berechtigtigen Gewinne der anderen Seite auf Grund des Tarif-löhnes vermieden werden.

! Vergesst nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !

Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 24. Januar 1927.

Arbeitersport — Arbeiterjugend.

Die letzte Kreisvertreterkonferenz des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig hat einen Beschluß gefaßt, der die Möglichkeit bietet, Sportvereinigungen der Sozialistischen Arbeiterjugend und der freien Gewerkschaften als selbständige Vereine in die Ortsstellen einzuführen, die als selbständige Vereine in die Ortsstellen einzuführen, die als selbständige Vereine in die Ortsstellen einzuführen...

Man muß schon aktiv in beiden Zweigen der Arbeiterjugend — Sport- und Jugendbewegung — tätig sein, um den Nutzen dieser Begründung zu erkennen. Es gilt, die Sportvereine endlich zur Beurteilung derartiger Fragen im tatsächlichen Gesichtspunkt zu ziehen. In der Tat hat die Forderung vom Bundesvorstand mit wenigen anderen Gegenständen, den Delegierten der Kreisvertreterkonferenz, die Aufgabe der Kreisvertreter als tatsächliche Notwendigkeit verständlich gemacht. Verneinlich. Die Entscheidung kommt selbstverständlich von kommunikativer Seite. Von kommunikativer Seite...

Schon wir doch die Dinge, wie sie sind! Gewerkschaften und Arbeiterjugend sind sich bei ihrem Beschluß zur Einführung von Sportvereinigungen klar darüber gewesen, daß sie damit nur sich selbst, sondern vor allem auch der Arbeiterjugend dienen. Wir Arbeiterportler wollen doch immer so unangenehm Realpolitiker sein. Nun wohl: Tatsache ist doch, daß die Jugend in der Gewerkschaftsbewegung und in der politischen Jugendbewegung — die kommunikativen einseitigen — lange nicht Sozialisten sind, sondern Sozialisten werden. ...

Die Aufgaben der Ortsstelle. Die Ortsstelle der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege bilden in einem gewissen Sinne stets den Kopf am Ende zu einem Körper zusammengeschlossenen Vereine, die die örtlichen Belange des Arbeitersports zu regeln. Es muß am anspruchsvollsten werden, alle der Arbeiterschaft nahestehenden...

In der Organisation des Kartells muß natürlich die Voraussetzung vorhanden sein, daß alle beteiligten Vereine betriebsmäßig eine gewisse Gemeinschaftlichkeit zu leisten zum Wohle der Arbeiterschaft. Vereinigungsgeist darf keinen Nährboden finden! Kartell wird aufgezogen nach den Richtlinien der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. ...

Sport stärkt den Geist. Die Ansicht des Schiller, die gute Turner sind, in denen die Schulfächer nicht viel leisten, ist durch eine kürzlich erschienene Untersuchung eines Berliner Pädagogen widerlegt worden. ...

Die Leibesübungen sind eben nicht eine rein körperliche Sache, sondern eine körperlich-seelisch-geistige Tätigkeit, die durch Freude und Beschäftigung der Jungen lustbetont wird. Aus dem Ergebnis der angeführten Untersuchung hat man weiterhin geschlossen, daß man die Turnstunden am wirksamsten durch die anderen Unterrichtsstunden legen soll, da dadurch die Steigerung der geistigen Kräfte der Schüler erzielt wird. ...

Die Unternehmungen bei Erwachsenen wurde das gleiche Ergebnis erzielt: am Anfang bewirkte zwar die ungewohnte körperliche Betätigung eine gewisse geistige Ermüdung, die aber abgelebt wurde, sobald die Übungen planmäßig durchgeführt wurden. Schließlich erreichte man nachweisbar eine Steigerung der geistigen Arbeitsleistung. Sport, im Gegensatz zu anderer körperlicher Tätigkeit, ist eben freudig betont und wird in seinen Auswirkungen durch die Lust und Freude der Ausführung gesteigert. ...

Sport des Sonntags.

Fußball.

F.S.B. I — Rapid 1 4:2 (2:2). Das Spiel wurde unter der vorbildlichen Leitung des Sportgenossen Rastner (West) ausgetragen. Im wahrsten Sinne des Wortes ein schönes Propagandaspiegel für unsere Bewegung. Eine ansehnliche Zuschauermenge umsäumte das Spielfeld, als der Schiedsrichter zur Platzwahl rief. F.S.B. hat die Wahl, und Rapid Anstoß. Besonders hervorzuheben war beim Spiel das freundschaftliche und entgegenkommende Verhalten der Mannschaften. Nach Anstoß von Rapid geht gleich ein schönes, flottes Spiel ein. Rapid findet sich schneller und bedrängt eine Zeit lang das feindliche Tor, und der kleine F.S.B. Tormann muß des öfteren rettend eingreifen. Der Rechtsaußen von Rapid unternimmt einen Flanzenlauf, und schießt hart auf des Gegners Tor, noch gelangt es dem Tormann, den Ball nach oben abzuwehren, jedoch springt der Ball an die Latte und ins Feld zurück, und wird hier die Beute des schnell nachschreitenden Linksaußen, der einlenkt, und seinen Verein dadurch in Führung bringt. Das zweite Tor läßt nicht lange auf sich warten. Eine Flanke von links führt zu einem Gedränge vor dem F.S.B.-Tor, wo es dem Halbrechten gelingt, den zweiten Erfolg zu erringen. Nun endlich besinnt sich F.S.B. eines anderen. Die beiden Außenläufer werden gewechselt, und vereint wird mächtig aufs Tempo gedrückt. Angriff auf Angriff wird unternommen, gefährliche Momente flart der Rapid-Tormann in schöner Manier. Reichliche Arbeit erhalten die Verteidigung und der linke Läufer von Rapid, da die gefährliche rechte Seite durchaus versucht, den Vorprung des Gegners weitzumachen. Die Bemühungen werden auch bald belohnt. Dem Halblinken wird durch den Rechtsaußen der Ball zum durchgeschleift, und gut getroffen landet der Ball zum ersten Male in Rastners Tor. Gleich danach erhält F.S.B. einen Eismeter wegen Hand, aber die Gelegenheit führt zu keinem Erfolg. Der rechte Läufer der Rechtsaußen muß infolge Verletzung das Feld verlassen. Entgegenkommender Weise wird von F.S.B. für den Sportgenossen Ersatz eingestellt. Doch ehe sich dieser auf seinem Posten einführt, kann der Linksaußen in einem unbewachten Augenblick für F.S.B. den Ausgleich erzielen. Noch öfter ist die Quertlatte für F.S.B. in höchster Gefahr, bis durch Halbrechtsaußen der Spielern etwas Ruhe gegönnt wird. Nach Wiederanstoß ist F.S.B. etwas im Vorteil, und wieder ist es der Halblinke, der durch unersahenen Schuß seinem Verein durch ein drittes Tor die Führung gibt. Rapid verliert den linken Verteidiger — auch Verletzung durch eigenes Verschulden, und nun ist es geschehen. Nach ein viertes Tor erzielt F.S.B., und mit diesem Resultat trennt der gute Schiedsrichter die Parteien, und ein schönes Spiel ist aus.

Freie Sportfreunde I — B.F.B. 1 3:1 (1:1). Mit dem Anstoß von Sportfreunde entwidelte sich ein hartes Spiel. B.F.B. drückt mächtig und kann auch bald durch die Mitte in Führung gehen. Die Freien, ermüdet, finden sich jetzt besser und luz vor der Pause ist der Ausgleich geschieden. Nach der Pause ist B.F.B. tonangebend, kann aber nichts erzielen, während Sportfreunde die Zeit langsam, aber sicher, freimachen, das Gedränge erzielt und bald darauf auch durch ein drittes Tor den Sieg sicherstellen. Die tatsächlich richtigen Spielenden Sportfreunde hatten den Sieg über den härteren Gegner erzielt.

B.F.B. I — Dswik II 2:5. Mit dem Anstoß von B.F.B. entwidelte sich sofort ein flottes Spiel, bei dem Dswik, als die Glücklichen, zum ersten Tor gelangen. Die Freude währt nur kurze Zeit. B.F.B. legt sich mächtig ins Zeug und bald ist der Ausgleich erzielt, doch können sie nicht verhindern, daß die Dswiker noch vor der Pause in Führung gehen. Wieder gelangt B.F.B. nach der Pause der Ausgleich, doch dann ist ihre Kunst zu Ende. Die Spielerschaft der Dswiker legt sich durch und in regelmäßigen Abständen schicken sie drei weitere Tore. Die Mannschaft B.F.B.s dürfte, ein richtig eingeleitet, noch einen gefährlichen Gegner abgeben, dem auch manch schöner Erfolg blühen dürfte.

B.S.C. I — 1921 I 0:0. Ein unvermutet harter und sportlich wertvoller Kampf wurde auf der Grünwiese zwischen den beiden Mannschaften durchgeführt. Das Spiel verlief von Anfang bis zum Schluß interessant und abwechslungsreich. Auf beiden Seiten fanden die Feldleistungen auf außer hoher Höhe. Bei nahezu gleichwertigem Spiel wanderte der Ball in flotten Tempo auf und ab. Vor beiden Toren gab es eine Reihe prächtiger Kampfmomente. Wenn trotzdem kein Erfolg gelingen wollte, so lag das weniger an unvollendeten Sturmleistungen als vielmehr an der ganz ausgezeichneten Abwehrfertigkeit der beiden Hintermannschaften. Trotz der beiderseitigen, flott durchgeführten Angriffe blieb es bis Schluß bei obigem Resultat, das dem Kräfteverhältnis am besten entspricht. Vorher trafen sich die Kleintoren der Kleinen, die trotz reichem Eifer aber ebenfalls torlos auseinandergehen, und nur der zweiten Mannschaft von B.S.C. gelang es, mit 6:2 über 1921 II zu triumphieren.

Stern I — Ost I 5:0. Der schlüpfrige Boden beeinträchtigte das Spiel in jeder Weise. Ost ist der technisch guten Stern-Mannschaft ziemlich unterlegen, doch sind sie imstande, das Spiel bis zur Pause 2:0 zu halten. Nach Wechsel dasselbe Bild, Stern ist ständig im Angriff und kann bis Schluß das Resultat auf 5:0 erhöhen.

Einigkeit I — Union I 2:2 (1:1). Mit Anstoß von Einigkeit beginnt sofort ein flottes Spiel. Gleich in den ersten fünf Minuten bekommt Einigkeit zwei Ecken, die aber nichts einbringen. Gleich darauf gelingt es ihnen, das erste Tor zu erzielen. Jetzt wird die Spannung größer, als einige Zeit später Union den Ausgleich erzielt. Beide Gegner versuchen noch etwas Zahlbares zu erreichen, aber bis Halbzeit bleibt es bei diesem Stande. Gleich nach dem Wechsel gibt es auf beiden Seiten verschiedene Ecken, die aber nichts einbringen. Eine Viertelstunde nach der Pause bekommt Einigkeit einen Strafstoß, darauf Gedränge vor dem Union-Tor und Einigkeit kann durch ein Tor in Führung gehen. Eine Viertelstunde darauf schießt Union wiederum den Ausgleich. Trotz aller Bemühungen beiderseits, bleibt es so, bis der sehr gute Schiedsrichter den Schlußpfiff ertönen läßt.

Sparta I — Süd I 0:1 (0:1). Auf dem Spartaplatz am Schlachthof fand zwischen den Mannschaften ein flottes Freundschaftsspiel statt. Das Süd an Technik voraussetzte, gleich jederzeit offen und zeigte haben wie drüben zuweilen schöne Angriffssaktionen, denen sich aber die Hintermannschaften beider Gegner gewachsen zeigten. Der Endzieger stand von Anfang bis Ende nie richtig fest. Auf beiden Seiten wurden ausichtsreiche Sachen von den Sturmern ausgelassen. Der in der ersten Viertelstunde aus einer eingelenkten Rechtsflanke erzielte Erfolg für Süd blieb, trotz weiterer Bemühungen, der einzige Treffer des Spieles. Im Eifer des Spieles aufstretende Harten unterband der unkluge Schiedsrichter stets rechtzeitig, so daß das Spiel stets in den Grenzen des Erlaubten verlief.

Resultate:

Falte I — Wader I	3:1
Falte II — Wader II	6:0
Stern II — Cosel I	1:1
Freie Sportfreunde I — B.F.B. I	3:1
Freie Sportfreunde II — B.F.B. II	3:2
Süd II — Silesia-Riders II	4:4
1921 II — 1921 I	6:2
Stern I Jgd. — Cosel I Jgd.	5:1
Fr. Sportfr. I Sch. — B.F.B. I Sch.	0:0

Fr. Sportfr. II Sch. — B.F.B. II Sch. 1:0
Union I Jgd. — Süd I Jgd. 1:0
Einigkeit II — B.F.B. II 3:2
Einigkeit III — Union III 1:0
Einigkeit IV — B.F.B. III 0:4
Einigkeit I Jgd. — B.F.B. I Jgd. 0:1
Einigkeit I Sch. — Union I Sch. 2:0
Sparta III — Süd III 2:2
Sparta I — Süd I 0:1
B.F.B. II Jgd. — Vorwärts I Jgd. 1:1
B.F.B. I Sch. — West I Sch. 1:0
Rapid II — F.S.B. III 3:1
F.S.B. I — Rapid I 4:2

Handball-Serienspiele am Sonntag.

Bei etwas schwierigerem Wetter fanden die Spiele am Sonntag ihre Erledigung, und zum größten Teil konnten die favorisierten Mannschaften als Sieger mitgehen. Vor einer großen Zahl Zuschauer wickelte sich das Spiel Poseidon — 7. Abteilung ab. Mit dem Anstoß der Schwimmer gab es sofort ein flottes Spiel. Beide Mannschaften haben öfters Torchußgelegenheit, doch der schlüpfrige Boden macht alles zunichte. So geht es bis Halbzeit. Nach Wiederbeginn drückt die 7. Abteilung etwas, doch die Hintermannschaft verzieht zu fläzen. Im flotten Tempo geht der Ball von Hand zu Hand. Plötzlich erwacht der Rechtsaußen den Ball; er geht allein durch und landet unter großem Beifall der Zuschauer für den guten Tormann unhaltbar ein. Die 7. Abteilung versucht mit aller Macht den Ausgleich, aber vergebens, denn schon ertönt der Schlußpfiff.

Die 2. Abteilung konnte gegen 6. Abteilung einen knappen Erfolg davortragen, doch zeigte sich die 6. Abteilung als die bessere. Unglaubliches Pech im Torchuß ließ keinen Erfolg zu. Ebenfalls einen knappen Erfolg trägt G.W.D. gegen die nunmehr in Form kommende 5. Abteilung davon. Im Eichenpark nahm die 1. Abteilung eine glänzende Revanche gegen die 4. Abteilung. Achilles konnte den Neutritzer ein torloses Treffen abringen, obgleich die Neutritzer die Besseren waren. Der Tormann von Achilles verstand es ausgezeichnet, sein Tor reinzuhalten.

In der B-Klasse wurde Neutritz ziemlich hoch von Felsenfest geschlagen, ebenso erang es der 1. Abteilung, die gegen 1897 spielte. Poseidon, mit 9 Mann antretend, stand von vornherein auf einem verlorenen Posten gegen 7. Abteilung. Trotzdem unterlagen sie ganz knapp. Die 5. Abteilung ließ G.W.D. mit 1:0 das Nachsehen. Die 6. Abteilung feierte ihren ersten Sieg über die 2. Abteilung. Bei der Jugend gab es auf allen Linien nur knappe Resultate.

Resultate:

A-Klasse:		B-Klasse:	
Poseidon — 7. Abt.	1:0 (0:0)	5. Abt. — G.W.D.	1:0 (0:0)
2. Abt. — 6. Abt.	1:3 (1:0)	Felsenfest — Neutritz	6:0 (3:0)
G.W.D. — 5. Abt.	2:1 (1:1)	6. Abt. — 2. Abt.	2:1 (0:1)
Achilles — Neutritz	0:0 (0:0)	1897 — 1. Abt.	7:3 (3:0)
1. Abt. — 4. Abt.	4:0 (2:0)	7. Abt. — Poseidon	2:0 (2:0)
Jugend:			
5. Abt. G.W.D.	3:0 (1:0)		
2. Abt. — 6. Abt. kampflös	für 2. Abt.		
1. Abt. — 4. Abt.	3:1 (1:0)		
7. Abt. II — Neutritz	1:0 (0:0)		
7. Abt. I und 4. Abt. I erhalten wegen	Zuspätkommens des Spielformulats am 9. Januar je 2 Mark Geldstrafe laut Beschluß der Hauptspielausschussung am 19. Januar.		

Stand der Handballserie nach 15 Spieltagen.

Nachdem wieder einige Sonntage vergangen sind, lohnt es sich wieder einmal, den Stand der Mannschaften bekannt zu geben. In der A-Klasse hat Poseidon mit 4 Punkten Vorprung die Spitze, dicht gefolgt von der 7. Abteilung. Woher findet man erst an vierter Stelle; den Schluß bildet die 4. Abteilung, den sie auch behalten wird. In der B-Klasse wird sich wohl kaum Felsenfest von der Führung verdrängen lassen.

Verein	Spiele	A-Klasse		B-Klasse		
		Gew.	Berl.	Unentsch.	Punkte	Tore
Poseidon	14	11	1	2	24:4	61:18
7. Abteilung	15	8	3	2	18:8	26:12
2. Abteilung	15	8	2	5	21:9	—
Wohbern	14	7	2	5	19:9	33:12
6. Abteilung	14	7	5	2	16:12	34:23
5. Abteilung	14	6	5	3	15:18	29:21
Gandau	13	6	5	2	14:12	36:23
G.W.D.	15	4	6	5	13:17	27:35
1. Abteilung	15	5	9	1	18:19	22:28
Neutritz	12	3	8	1	7:17	12:41
Achilles	15	1	11	3	5:25	11:35
4. Abteilung	14	1	12	1	3:25	9:69
B-Klasse:						
Felsenfest	13	11	—	2	24:2	39:3
7. Abteilung	11	9	1	1	19:3	22:7
1897	12	8	3	1	17:7	20:14
5. Abteilung	13	7	4	2	16:10	8:6
1. Abteilung	12	7	4	1	15:9	19:17
Poseidon	13	1	7	5	7:19	4:18
G.W.D.	11	2	6	3	7:15	5:10
6. Abteilung	12	2	7	3	7:17	10:20
2. Abteilung	12	2	8	2	6:18	13:15
Neutritz	11	1	8	2	4:18	4:28
Gandau	3	1	2	—	2:4	0:1
8. Abteilung I.	2	—	3	—	0:6	0:6

Internationale Wettkämpfe der Arbeiter-Winterpartier. In Dellenndorf im Herzogtum (Tschschlowakei) fanden am 15. und 16. Januar die ersten internationalen Wettkämpfe der Arbeiter-Winterpartier statt. Außer dem deutschen Arbeiter-Turn- und Sportverband in der Tschschlowakei und dem Prager tschechischen Verband nahmen an den Wettkämpfen Genossen aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn teil. Die Wettkämpfe, die ebenfalls angemeldet waren, blieben aus; den Kassen hatte die tschechisch-polnische Regierung die Einreise verweigert. Der Begründungsabend wurde zu einer schönen Rundgebung internationaler Verbundenheit der Arbeiterpartier. Besonders freudige Aufnahmen fanden die Genossen aus dem reaktionären Ungarn. ...

Arbeit und Sport.

Alle menschliche Arbeit, so schreibt Prof. Landfer-Men in der 'Oesterreichischen Arbeiter-Vereinigung', ist ursprünglich ausgeführt worden durch den Selbsthaltungstrieb. Ganz anders der Sport, er ist entstanden aus dem Bewusstseinstrieb, der sich vor allem als Einzeltrieb offenbart.

'Rund um die Tafe'. Unerhörte Sensationsmacherei - so wird uns aus Stettin geschrieben - entwickelte die Sommerliche Motorradfahrer-Vereinigung mit ihrer Ausschreibung zum ersten Dauerwettlaufstafette 'Rund um die Tafe'.

Alkohol und Sport sind zwei Extreme. Immer wieder tönt der Ruf: 'Sportler, meidet den Alkohol!' Bonomus Kraft-lehrer dagegen machen es umgekehrt. In ihrer Ausschreibung 'Rund um die Tafe' heißt es: '... doch ist beabsichtigt sich die mit dem Schild 'Tafe' kennlich gemachte Einzelstafettekontrollen, wofür Gelegenheit zum Tanzen ist...'.

Dieses Dauerwettlaufstafette 'Rund um die Tafe' offenbar deutlich den bürgerlichen Sportkampf. Denn jeder Sportler muß wissen, daß der Alkohol sein Feind ist, weil er seine Leistungen herabmindert.

Der Arbeiter-Radfahrerverband in Oesterreich umfaßt 142 Ortsgruppen mit insgesamt 22 000 Mitgliedern, die in 26 Kreise eingeteilt sind. Im vergangenen Jahre wurden 84 offizielle Veranstaltungen durchgeführt, an welchen 2340 Radler teilnahmen.

Eine Bezirkskonferenz der Arbeiter-Radfahrer.

Am 16. Januar hielt der Gau 8 des Arbeiter-Radfahrerverbandes 'Solidarität' im Gewerkschaftshaus eine Bezirksleiter- und Bezirksjugendleiter-Konferenz ab. Der Gauleiter war es gelungen, Herrn Dr. Hans Schröder zu einem Vortrage über den Einfluß der verschiedenen Zweige des Radports auf den gebunden und freien Menschen unter besonderer Berücksichtigung der Jugend zu gewinnen.

Das Interesse für Eaal- und Rennsport ist gegenwärtig vorherrschend, nur ist die Jugend noch etwas dünn gelagert, ein Beweis für uns, wo der Hebel ansetzen ist. Anschließend hieran wurden die diesjährigen Bezirksstages festgelegt und von Genossen Hübner die Zusage gegeben, daß diese auch in diesem Jahre von der Gauleitung durch Vertreter besucht werden sollen.

Das Interesse für Eaal- und Rennsport ist gegenwärtig vorherrschend, nur ist die Jugend noch etwas dünn gelagert, ein Beweis für uns, wo der Hebel ansetzen ist.

Handball.

- Serienpiele am Sonntag, den 30. Januar. (Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Gegner, Platz, Schiedsrichter.) 9,30 Uhr: 1. Abt. Jgd. - 7. Abt. II Jgd.; Eichenpark; Gebrüder Heider.

Serienpiele am Sonntag, den 3. Februar.

- (Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Gegner, Platz, Schiedsrichter.) 1,00 Uhr: 1. Abt. Jgd. - Neufirk Jgd.; Eichenpark; Schiffer-Gutela.

- 9,00 Uhr: Gaswerk Odetor Jgd. - 6. Abt. Jgd.; Dewitz; Schapp-Nagel. 10,10 Uhr: Gasw. Odetor I - 6. Abt. I; Dewitz; Schapp-Nagel.

Schwimm-Verein 'Poseidon' e. V., Breslau.

Ausschreibung zu dem, am Sonnabend, den 5. März, abends 9 1/2 Uhr und am Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, im Breslauer Hallenschwimmbad stattfindenden Schwimmfest.

- Sonnabend: 1. Freistilstafette für Männer 6 x 60 Meter, A-Klasse. 2. Erbschwimmen, 80 Meter, a) Frauen, b) Männer.

Sonntag.

- 1. Eröffnung. 2. Freistilstafette für Männer, 40, 60, 80, 100, 80, 60, 40 Meter, A-Klasse.

Die mit * bezeichneten Nummern sind offen für alle Bundesvereine nach der W.D. Bahnlänge 20 Meter, Startsprung und Drehwende, Sprungbretter: zwei 1-Meter und ein 3-Meter, normal. Meldeeschluß: 16. Februar 1927; Meldeöffnung: 17. Februar 1927. Freiquartiere werden gestellt.

Breslauer Hallenschwimmbad. Schwimmhallen für Männer und Frauen. Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation. Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr.

Kreiswintersporttreffen am 30. Januar.

Jugendabteilung! Sämtliche gemeldeten Jugendabteilnehmer an der Veranstaltung, die Sonnabend am Freiburger Bahnhof 5,05 Uhr fahren, schließen sich der 7. Abteilung der Freien Turnerschaft an.

Achtung, Arbeiter-Radfahrer!

Sonntag, den 30. Januar, vormittags 9 Uhr, findet bei Gudel in Klein-Gandau, ein Schiedsrichter-Kursus statt. Im Interesse unseres Sports ist es dringend notwendig, daß alle Fahrwarts und Schiedsrichter des Bezirks 1 erscheinen.

5. Männer-Abteilung, Freie Turnerschaft, Freitag, den 28. Januar, abends 9 Uhr: Funktionärleistung in der Abteilungsfest, Barockstraße. Sämtliche technischen und geschäftlichen Funktionäre müssen erscheinen.

Achtung, Hand- und Fußballspieler! Am geistigen Sonntag nachmittags in einem Handballspiel in der Ausleiherhalle im Eichenpark ein Renkel abbekommen. Genossen, die vielleicht irrtümlicherweise denselben mitgenommen haben, werden gebeten, ihn beim Genossen Herbert Kleiner, Posener Straße 61, abzugeben.

S.B. Sib. In der stattgefundenen Generalversammlung sind folgende Mitglieder in den Vorstand neu gewählt worden: 1. Vorsitzender: Josef Stempnowitz, Krieteren, Johann-Wollgang-Straße 81; 1. Kassierer: Fritz Gimmeler, Krieteren, Breslauer Straße 76; 2. Kassierer und Sportwart: Georg Engel, Krieteren, dort bei Breslau; 1. Schriftführer: Arthur Griebel, Krieteren, Breslauer Straße 84; 2. Schriftführer: Alfred Pöhl; Jugendleiter: Fritz Lauter. Sämtliche Schriftsätze sind an den ersten Vorsitzenden zu senden.

Freie Turnerschaft Breslau e. V., 4. Jugendabteilung. Heute, abends 8 Uhr, findet bei Köpfitz, Luisenstraße 13, eine Handballerziehung statt, wozu die 1. und 2. Jugendabteilung unbedingt erscheinen müssen.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Am Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 9 Uhr, findet in der Turnhalle Brodauer Straße 12/14 eine Fortturnerkunde für die Jugendturner statt, wofür die Redungen zum Gerätewettkampf durchgeführt werden.

Freie Turnerschaft Breslau e. V., 2. Männer-Abteilung. Unsere Abteilungsversammlung findet diesmal aus besonderen Gründen früher statt, und zwar am Freitag, den 28. Januar,

abends 9 Uhr, bei Rindler, Königsgräber Straße 10. Die Lausgabe der Tagesordnung erfolgt in der Versammlung zahlreicher Besuch aller aktiven und passiven Mitglieder erwünscht.

Kreis- und Bezirksvereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Die Freie Turnerschaft Breslau e. V. veranstaltet Sonntag, den 10. April, nachmittags 3 Uhr, einen Wettkampf für männliche und weibliche Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren in der Leistungturnhalle.

Bezirksjugendausschuss, Fußballsparte. Sämtliche Meldungen bis spätestens 6. Februar ihren Jugend- resp. Eltern sowie dessen Stellvertreter namentlich an untenstehende Adresse: Bezirksjugendobmann Karl Gramsch, Breslau, Mehlgaße 54, 2. Etage.

Freie Rudervereinigung Breslau, e. V. Dienstag 7-8 Uhr: Abendabend für Frauen. Ausnahme weise ergriffen auch alle Ruderer und Jugendliche, soweit sie abkommen zu können.

S.B. Poseidon, e. V. Am nächsten Abendabend werden in der Generalversammlung beschlossene Beschlüsse gegeben, und zwar an Jugendliche und Erwachsene. Rückgabe 1. Februar an die Genossen Hermann Lindner und Hoffmann Jugendabteilung: Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr, bei Schwimmgenossen Hoffmann, Halberstraße, Jugendausschussbüro. Alle Riegenoblen und die neu gewählten Riegenoblen müssen bestimmt erscheinen.

2. Internationales Arbeiter-Schachturnier Ostern zu Berlin.

Fast vier Jahre sind seit dem 1. Internationalen Arbeiter-Schachturnier, das Ostern 1923 in Berlin stattfand, vergangen. Damals beteiligten sich vier Länder die auch durch Beschluß der 'Schachinternationalen' arübdeten und Preussland die Vorkämpfer übertrau. Der unermeßlichen Arbeit der Schachinternationalen ist es gelungen, zwei weitere Länder (Oesterreich und Rußland) aufzunehmen.

- 1. Internationales Weltkämpfe: a) Internationales Weltkämpfe b) Internationales Mannschachturnier, c) Internationales Rebenkturnier.

Den Freunden bietet sich ein Betätigungsfeld einem bereits ausgesprochenen Problem-Turnier und e Problem-Turnier (18. April). Blichturnier, Gästeturnier und Vorträge finden ebenfalls. Ferner werden wir auf die großzügig achtende Schachstellung hin.

Die gesamte Veranstaltung findet in der Zeit vom 10. April in den Gemächern der 'Kammer-Gale', Berlin, Lottower Straße, statt.

Uffo, Schachgenossen! Nühet die noch kurze Zeit und rühet zum 2. Internationalen Arbeiter-Schachturnier!

Arbeiter-Schachverein Breslau.

Der am 9. Januar ausgetragene Abteilungsweittende endete wie folgt: Südwest-Grüblchen 1/2; 1/2 und West-Nitator 7:1 (2 Hängepartien). Der nächste Wettkampf findet 30. Januar, vormittags 9 Uhr, bei Brauer, Böpelwiltstraße 1. Es spielen Nikolaitor-Grüblchen und West-Südwest.

Am Arbeiter-Schachheim fand am 16. Januar ein Simultspiel von 15 Partien 10 gewinnen, eine remis machen, während 4 verlor.

Am 30. Januar wird im Arbeiter-Schachheim, abends 7 Uhr, wiederum ein Brier-Turnier konstatieren gehen, welches zeitig großen Anklang fand. Gäste willkommen. Das Arbeiter-Schachheim im Gewerkschaftshaus (Zimmer 9) ist jeden Sonntag von vormittags 10 Uhr bis abends 11 Uhr geöffnet.

Achtung, Problem-Turnier.

Anfang Februar beginnt in der 'Volkswacht' ein Problem-Turnier, wozu sich alle Leser der 'Volkswacht' und hänger des Arbeiter-Schachs beteiligen können. Das Turnier faßt acht Aufgaben, wozu alle acht Tage zwei veröffentlicht werden. Gewertet werden die Aufgaben wie folgt: Punkte 1. Lösung, jede Nebenlösung ein Punkt weniger. Zum Besten bei einem Drei-Jäger Autorlösung drei Punkte, eine Nebenlösung zwei Punkte, zusammen fünf Punkte. Es stehen 10 Buchpreise zur Verfügung.

Bürgerlicher Sport.

Bogmeisterj - fteker - in Dortmund.

In dem Kampf um die deutsche Schwergewichts-Bogmeisterj, die am Sonntag in Dortmund zwischen Breitenritter und Kölemann ausgetragen wurde, blieb der Kampf angeblich infolge eines Fehltritts unentschieden. Dagegen blieb in dem Kampf Wagner-Samson-Körner der Duisburger Wagner nach Punkt Sieger.

Fußball.

A-Liga: B.V.S.-Stern 06-B.S. Sportfreunde 3:2 (1:0); B.S.C. 08-B.F.B. 98 3:2 (1:2); Hertha-Memnonia 2 (1:2); Schlesien-Rapid-Borwärts 1:1 (0:0).

Hockey.

Bewegungsspiele I - Sportfreunde 3:2; Schlesien II, Senioren schlug B.F.B. II, Senioren 5:2 (3:0).

Handball der D.S.B.

B.S.C. I Damen - Sturm I Damen 3:0; R.S.B. I Senioren - Union-Wader I Senioren 7:0. Außerdem fanden noch einige Gesellschaftsspiele statt. B.S.C. Liga - 06 Liga 8:1; B.F.B. Liga - T.B. Weidenhof Liga 8:4; B.S.C. Liga - C.B.S. I 7:0; Bar Kochba Liga - Viktoria Liga 9:1; S.C.S. I - B.F.B. I 7:2; B.F.B. I - Stephan I 4:4; B.F.B. II - B.S.C. II 3:1; Germania Damen - B.S.C. Damen 0:0. Die A-Klasse meldet als große Ueberraschung die Niederlage von Viktoria. Borussia schlug diesen Verein 8:0 (0:0). Spielvereinigung 92 gewann gegen Deutsch-Liga 2:1.